Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-
Annahme-Bureaus:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4,
in Grätz bei Herrn L. Streisand;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Sechsundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Mosse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
A. Retemeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 58.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1⅓ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24⅓ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Dienstag, 4. Februar

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Die Lage der Budgetberathung.

BAC. **Berlin**, 3. Februar. Das Abgeordnetenhaus wird demnächst in die Berathung der noch rückständigen Etats eintreten können. Trotzdem daß die Kommissionen diesmal mit einer Arbeitslast wie noch niemals zuvor überhäuft sind, ist die Vorberathung des Budgets in der Kommission beinahe zu Ende gefördert. Es bleiben noch einige allerdings sehr wichtige Theile des Etats des Kultusministeriums und derjenige Theil des Etats des Finanzministeriums zu behandeln, welcher gewissermaßen die Bilanz des gesammten Etats ausmacht. Für diesen Theil sind alle diejenigen Anträge reservirt, welche, sei es nun auf eine Vermehrung der Ausgaben, sei es auf eine Verminderung der Einnahmen gerichtet sind. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß bei solchen Anträgen vor Allem das Gesammtergebniß des Etats berücksichtigt werden muß. Erhöhungen der Augaben sind bekanntlich in nicht unbedeutendem Maße beim Etat des Kultusministeriums angeregt, nämlich in Betreff des Normalbesoldungsetats der Gymnasiallehrer, in Betreff der Elementarschulen und für Zwecke der Kunst. Verminderungen der Einnahmen sind, sei es nun direkt, sei es durch Resolutionen angeregt bei den Chausseegeldern, bei der Zeitungs- und Kalenderstempelsteuer und bei der Lotterie. Alle diese Anträge werden gemeinschaftlich beim Finanzetat berathen oder, soweit bereits Beschlüsse gefaßt sind, werden dabei diese Beschlüsse revidirt werden müssen. Es ist anzunehmen, daß die Budgetkommission noch im Laufe dieser Woche mit ihren Vorarbeiten fertig werden wird. Für das Plenum bleiben dann noch der Etat des Handels-, des Kultus- und des Finanzministeriums übrig, welche allerdings zu wichtigen Verhandlungen Anlaß geben werden. Da die Kirchengesetze nicht allein in den Kommissions-, sondern auch in den Plenarverhandlungen allen übrigen Berathungsgegenständen große Konkurrenz machen, so ist anzunehmen, daß die zweite Lesung des Etats nicht vor der dritten Woche des Fberuar wird zum Abschluß gebracht werden können; die dritte Lesung würde dann in der letzten Woche des Februar stattfinden und der bisherigen Erfahrung gemäß vermuthlich höchstens drei bis vier Sitzungen in Anspruch nehmen. Demnach scheint die Beendigung der gesammten Etatsberathung und der zum Etat gehörenden Finanzgesetze im Abgeordnetenhause mit dem Monat Februar gesichert.

Da das Herrenhaus in üblicher Weise bereits eine Budgetkommission eingesetzt hat, während das Abgeordnetenhaus noch mit der Budgetberathung befaßt ist, und da diese Kommission die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, so wie sie gefaßt werden, in Berathung zieht, da das Herrenhaus ferner verfassungsmäßig nur über die Gesammtheit des Etats, nicht aber über einzelne Positionen desselben abstimmen kann, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Genehmigung des Etatgesetzes durch das Herrenhaus schon in den ersten Tagen des März erfolgt und daß somit noch in der ersten Hälfte des März das Etatgesetz zur Sanktion und Veröffentlichung gelangen kann. Freilich ist dieser Termin kein erwünschter, doch weicht er nicht erheblich von dem in früheren Jahren eingehaltenen ab. Man muß anerkennen, daß die Regierung dieses Mal ihr Möglichstes gethan hat, um den Etat mit lobenswerther Schnelligkeit an den Landtag zu bringen; denn schon im Oktober v. J. lag derselbe dem Abgeordnetenhause vor; indeß wäre es unbillig, dem Abgeordnetenhause aus der Verspätung der Verhandlungen einen Vorwurf zu machen. Die politischen Umstände haben unvermuthet plötzlich den Schluß der früheren Session herbeigeführt, und in der neuen Session die Berathung des Etats bis nach dem Zustandekommen der Kreisordnung verzögert. Die diesmal unumgängliche Vorberathung des Etats in einer Kommission ließ eine schnellere Erledigung nicht zu, da die Arbeitskraft und Zeit der Mitglieder dieser Kommission durch andere wichtige Gegenstände im Plenum wie in den übrigen Kommissionen mehr als je zuvor in Anspruch genommen war. Hoffentlich wird die nächste Session des Landtages eine schnellere Förderung der Budgetberathung gestatten.

Mit welch' eigenthümlicher Keuntniß von Personen und Sachen die berliner Korrespondenten der pariser Blätter ihre Leser über deutsche Verhältnisse belehren, davon ein Beispiel aus einer drei Spalten langen berliner Korrespondenz des „Bien public," des offiziösen Organs des Herrn Thiers. Da heißt es u. A.:

„Zu derselben Zeit wurde Dr. Sydow von dem Oberkonsistorium der evangelischen Kirche wegen Heterodoxie aus seinem Predigtamt entlassen, und wenn diese Verurtheilung dazu angethan war, dem König wie auch Herrn v. Roon zu gefallen, so mußte sie doch das Gemüth des Kanzlers mit Bitterkeit erfüllen und die nationalliberale Partei, deren Führer er ist, höchlich erzürnen. In der That, denn Herr v. Sydow ist Ministerialdirektor im Kultusministerium; als solcher hat er Herrn v. Bismarck zu seinem Vorgesetzten und man konnte nicht den Einen anrühren, ohne den Andern zu verletzen . . ." . . . „Das Problem der deutschen Einheit war ebenfalls in Frage gestellt. Von gewisser Seite bestritt man Preußen das Recht, einen Kriegsminister zu haben (!); Andere widersetzten sich dem, daß der Ministerpräsident als Organ der Vermittelung zwischen Preußen und Deutschland eintrat und die seither in Betreff dieses letzten Punktes getroffene Entscheidung ist mindestens befremdlich: es soll der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten sein — so hat man sich schlüssig gemacht —, welcher den Staat vor dem Bundesrathe des Reiches zu vertreten habe, wie dies der Fall ist gegenüber allen möglichen auswärtigen Mächten. Aber — kein Staat des Reiches, mit einigen Ausnahmen, welche auf Familienrücksichten beruhen, macht irgendwie ein solches Haus aus — wie sollte denn Preußen, der höchste Ausdruck des Reichsgedankens, darauf bestehen, über die Sphäre der allgemeinen Interessen dieses Reiches hinaus eine diplomatische Aktion auszuüben? Und, auch dieses zugegeben, wie kann man jedenfalls vernünftigerweise begreifen, daß Preußen, der Begründer, der Vormund und der Leiter des deutschen Reichs, dieses Reich als auswärtige Macht betrachten und behandeln will? Alles das, wie mir gestern eine hervorragende Persönlichkeit der Stadt Ulm sagte, ist in einer Weise gebrechlich und entartet, daß es schwerlich die Probe besteht und daß der erste Sturmwind zweifelsohne es in die äußerste Zerrüttung stürzen würde."

Es wäre doch im Interesse der Herren in Paris zu wünschen, daß sie sich etwas weniger blödsinnige Berichterstatter anschafften. Dann ließen sie sich auch wohl mit der Probe, ob der nächste Sturmwind uns umbläst, noch etwas Zeit.

Ueber die beiden höheren polnischen Unterrichts-Anstalten in Paris macht der pariser Korrespondent des „Kraj" folgende Mittheilungen:

Die höhere Schule von Montparnasse ist schon schon seit zwei Jahren geschlossen, es ist aber dem Fürsten Czartoryski bis jetzt noch nicht gelungen, einen Käufer für das Schulgebäude zu finden. Die Schule von Batignolles ist vom Heimathlande im Stiche gelassen und geht langsam ihrer Auflösung entgegen. Vor einigen Jahren wurde sie noch von 350 Emigrantenkindern besucht, die französische Regierung gewährte ihr bedeutende Unterstützungen und auch das Heimathland vergaß nicht ganz seine Pflichten gegen dieses für die Emigration so nützliche Institut. Heute, wo die französische Regierung eine Kriegskontribution von 5 Milliarden Fr. zu zahlen hat, vermag sie der polnischen Schule keine Beihilfe zu geben und die Zahl der Schüler hat immer mehr vermindert werden müssen. Gegenwärtig befinden sich im Internat kaum 30 Pesionäre und außerdem besuchen den Unterricht noch 40 andere Schüler, so daß die Gesammt-Schülerzahl nur noch 70 beträgt; alle übrigen Emigrantenkinder besuchen gar keine oder französische Schulen, in denen sie französirt werden. Das Heimathland, das so viele Banken und andere Geldinstute besitzt, hat keinen Groschen übrig, um den armen Emigrantenkindern eine nationale Erziehung zu sichern. Die Schulden der Schule von Batignolles mehren sich und sind beim Credit foncier schon bis auf 270,000 Fr. angewachsen. Der Schulvorstand hat sich deshalb genöthigt gesehen, mit der Stadt Paris in Unterhandlung zu treten, deren Munizipalität die Absicht hat, die polnische Schule käuflich zu erwerben und in eine französische Schule umzuwandeln. Der Werth der Grundstücke ist aber in Paris seit dem deutsch-französischen Kriege bedeutend gesunken und man weiß nicht, ob man das eingelegte Kapital wieder erhalten wird. Der Schulvorstand hofft indeß, nach Abzahlung der Schulden an den Credit foncier von der Verkaufssumme noch 1,200,000 Fr. übrig zu behalten und beabsichtigt von den Zinsen dieses Kapitals einen Stipendienfonds zu bilden. Es wäre dies jedenfalls das Beste, was der Schulvorstand unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen thun könnte. Der Dr. Galenzowski, der so viel Geld in die Schule gesteckt hat, will dasselbe gern zum Opfer bringen.

Deutschland.

△ **Berlin**, 3. Februar. Heute hat wieder eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, in welcher es sich, wie man hört, wesentlich nur um die Erledigung laufender Geschäfte gehandelt hat. In der vorigen Sitzung standen die Finanzfragen, wie sie in der Steuerkommission sich gestaltet haben, auf der Tagesordnung. Als das Ergebniß der Berathung wird wohl die Erklärung gelten können, welche der Finanzminister in der Kommissionssitzung abgegeben hat. — Das Gerücht, die Vorlage wegen der Miethsentschädigung der Beamten werde zurückgenommen werden, ist durchaus unbegründet. Die Budgetkommission hat sich mit diesem Gegenstand noch nicht beschäftigen können, weil sie mit der Berathung des Etats noch nicht zu Ende gekommen ist. Wahrscheinlich wird die Berathung der Vorlage im Abgeordnetenhause zu derselben Zeit stattfinden, wo der Reichstag sich mit der Vorlage wegen Erhöhung der Gehalte der Militärbeamten beschäftigen wird. Bekanntlich ist an gewichtiger Stelle auf die gleichzeitige Bewilligung beider Forderungen ein großer Werth gelegt worden. — Die Kundgebungen der Presse beweisen, daß das in jüngster Zeit besonders schroff gewordene Auftreten der ultramontanen Geistlichkeit und die Drohungen derselben mit Interdikt und passivem Widerstand durchaus keinen Eindruck auf die öffentliche Meinung und auf die parlamentarische Stimmung gemacht hat. Es tritt überall die Ueberzeugung hervor, daß diese Drohungen nicht maßgebend für die Erwägungen des Klerus sein werden, wenn erst die Gesetze in Wirksamkeit getreten sind. Man wird schwerlich in Rom und an den deutschen Bischofssitzen den Leichtsinn und die Vermessenheit soweit treiben, wie in den Aeußerungen der ultramontanen Geistlichen angekündigt und gefordert wird. — Der Regierungsrath Nieberding, welcher unter der Oberleitung des Ministerial-Direktors Moser mit der Führung der Ausstellungs-Angelegenheiten betraut ist, hat seine Mission in Wien vollendet und ist am Sonnabend von dort wieder hierher zurückgekehrt. Es wird nun auch die für den Monat Januar schon in Aussicht genommene Session der deutschen Zentral-Kommission für die wiener Weltausstellung am nächsten Freitag abgehalten werden.

□ **Berlin**, 3. Febr. [Kommissionssitzungen.] Die Eisenbahn-Kommission des Abgeordnetenhauses setzte heute die Berathung des Gesetzes über die 120-Millionen-Anleihe fort und genehmigte die in Pos. e bis f des § 1 der Vorlage angeführten Bahnen, und zwar wurden für die Bahn von Hanau nach Friedberg 2,900,000 Thlr., für die Bahn von Godelheim resp. Ottbergen nach Northeim 5,900,000 Thlr., für die Bahn von Welwer nach Dortmund 3,300,000 Thlr. und für die Bahn von Harburg über Soltau nach Hannover 11,120,000 Thlr. genehmigt. Es wurden ferner der Kommission folgende Prinzipal-Anträge zur Berathung unterbreitet: 1) von dem Abg. Dr. Benda: „Das Haus der Abgeordneten wolle den Gesetzentwurf, insoweit derselbe den Bau neuer Eisenbahnen bezweckt, zur Zeit ablehnen und die Staatsregierung auffordern, ein Netz derjenigen Eisenbahnlinien zu entwerfen, deren Bau auf Staatskosten im Interesse des Staates und aller Provinzen nothwendig und nützlich erscheint und auf Grund dieser Arbeit, nachdem der Kostenüberschlag der einzelnen Linien angefertigt worden, dem Landtage einen anderweitigen Gesetzentwurf zur Beschlußfassung vorzulegen; 2) von dem Abg. Jacobi: Das Haus der Abg. wolle die Staatsregierung auffordern: in Erwägung zu nehmen, welche Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes auch in den bei der diesjährigen Eisenbahnvorlage nicht berücksichtigten Landestheilen durch das allgemeine Landesinteresse geboten erscheinen und zu diesem Zwecke in der nächsten Landtagssession eine Gesetz-Vorlage zu machen." Die Kommission wird in der nächsten Sitzung über diese Anträge in Berathung treten. Die Budgetkommission setzte heut die Berathung des Etats über das Unterrichtswesen fort, und zwar die Positionen für das Elementarschulwesen. Bei der Diskussion bestritt der Ref. Lasker die Ansicht, daß die Gemeinden in erster Linie für die Alterszulagen der Elementarlehrer einzutreten hätten; es sei dies so lange die Sache nicht gesetzlich geordnet sei, interimistisch Sache des Staats und aus der Garantie der Verfassung sei diese Verpflichtung herzuleiten. Die Sache verhalte sich ähnlich wie bei den Gymnasien; überdies seien die neuen Provinzen zurückgesetzt. Er giebt der Regierung anheim, ob sie ein provisorisches Gesetz einbringen wolle oder nicht, nach welchem die Gemeinden gezwungen werden könnten, den Lehrern Alterszulagen zu gewähren. Er ist nicht abgeneigt, der Regierung die Mittel zu gewähren solche Zulagen zu leisten. — Die Regierungs-Kommissare weisen die Auffassung zurück als ob der Finanzminister in dieser Frage anderer Meinung sei wie der Kultusminister. Die Annahme sei nicht zutreffend, daß das Verhältniß der Elementarschulen dem der Gymnasienanalog sei. Schließlich genehmigte die Kommission die Etatsansätze jedoch in anderer Titelvertheilung. Von den übrigen Beschlüssen der Kommission heben wir noch die Besoldungen und Zuschüsse für Lehrer und Lehrerinnen, wie sie auf die einzelnen Provinzen vertheilt sind, hervor: Es erhalten: Prov. Preußen: 189,469 Thlr. 1 Sgr. 11 Pf., Brandenburg 88,774 Thlr. 10 Sgr. 6 Pf., Pommern 122,838 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf., Posen 122,501 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf., Schlesien 153,602 Thlr. 27 Sgr. 5 Pf., Sachsen 88,907 Thlr. 28 Sgr. 9 Pf., Schleswig 6406 Thlr. 24 Sgr. 10 Pf., Hannover 110711 Thlr. 1 Sgr. 11 Pf., Westfalen 75,174 Thlr. 15 Sgr. 7 Pf., Hessen-Nassau 154,236 Thlr. 7 Sgr. 9 Pf., Rheinprovinz 146,982 Thlr. 20 Sgr. 11 Pf., Siegmaringen 7,935 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf., für die Zentralverwaltung 785,000 Thlr. Summa 2,052,540 Thlr. 24 Sgr. 7 Pf. — Die Kirchenkommission stellte heut den Bericht über ihre Beschlüsse bezüglich des Gesetzes über die — Vorbildung 2c. der Geistlichen — fest. Ueber § 30 wurde bekanntlich in der letzten Sitzung der Beschluß ausgesetzt. — Das Alinea 1 desselben lautete: „Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft." Es entspann sich eine lebhafte Debatte darüber, in welcher Weise dem Gedanken Ausdruck gegeben werden solle, daß dieses Gesetz nur nach erfolgter Publikation der Verfassungs-Aenderung in Kraft treten dürfte. Eine größere Anzahl Amendements wurden von den einzelnen Mitgliedern der Kommission gestellt; aber keins derselben erhielt die Majorität, so daß schließlich auch das Al. 1 des § 30 abgelehnt wurde. Bei der Diskussion über Al. 2 wurde darauf hingewiesen, daß die Einführung des Gesetzes erst dann erfolgen könne, wenn die Abänderung der Verfassung definitiv erfolgt sei. Demzufolge wurde das Alinea 2 des § 30 in folgender Fassung als § 30 angenommen: „Der Minister der Geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt." — Schließlich wurde das ganze Gesetz mit 12 gegen 6 Stimmen in der berathenen Fassung angenommen und der Abg. Dr. Gneist zum Referenten für das Plenum bestimmt,

— Bei der am Donnerstag stattgehabten Cour im königl. Schlosse unterhielt sich der Kaiser lebhaft mit einigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses. Zu einer Gruppe derselben sagte er ungefähr: „Nun, die Herren haben jetzt viel zu thun. Ich hoffe aber, es wird auch etwas erreicht werden und diesmal auch an einer anderen Stelle ohne Schub."

— Am 31. v. M. fand eine Sitzung des Staatsministeriums im Konferenzsaal des Abgeordnetenhauses statt, an welcher, wie vor acht Tagen, Fürst Bismarck Theil nahm. Wie man hört' beschäftigt sich das Ministerium jetzt vielfach mit den Angelegenheiten der nächsten Reichstagssession. Entgegen einer kürzlichen Notitz der „D. R. C." schreibt die „Spen. Ztg." man hatte, noch immer daran fest, daß das Preßgesetz zur Vorlage kommen werde, Die Differenzen zwischen dem preußischen Ministerium des Innern und dem Reichskanzleramt sollen keineswegs derart sein, um daraus, wie es geschehen ist, die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns oder einer Verzögerung der Vorlage herleiten zu können. Ferner soll das Versicherunsgesetz in Aussicht genommen sein, doch sind die Vorarbeiten dazu noch nicht geschlossen. Endlich wird vielleicht die Angelegenheit des Apothekergewerbes im nächsten Reichstage zum Abschluß gebracht werden.

— Aus Koblenz wird der „Köln. Z." von autorisirter Seite mit Hinblick auf die auch von uns dem „Deutschen Wochenbl." entnommene Notiz bemerkt, daß der Geheime Rath Pertz durchaus nicht die Absicht ausgesprochen hat, die Herausgabe der Monumenta Germaniae niederzulegen, dieselbe vielmehr mit ungeschwächten Kräften fortzuführen gedenkt.

DRC. Der Abg. Landrath Stuertz vom 3. Aachener Wahlkreise, welcher gegen die Verfassungs-Abänderung stimmte, hat sein Mandat niedergelegt.

— Gestern Vormittag verstarb hier plötzlich der Lehrer an der Königin Augusta-Töchterschule Professor Schnackenburg. Seine Beziehungen zu den Freimaurerlogen, in denen er die hohe Würde eines Landesgroßmeisters der Loge Royal-York einnahm, haben den Verstorbenen auch in weiteren Kreisen sehr bekannt und geachtet gemacht.

— In Sachen Sydow sind wieder mehrere Zustimmungsadressen erfolgt. So hat der Protestantenverein in Elberfeld-Barmen in seiner am 30. v. Mts. abgehaltenen Versammlung seinen Vorstand beauftragt, an Sydow eine Adresse abzusenden, durch welche demselben die Theilnahme des Vereins ausgedrückt wird. Ferner haben die versammelten reformirten Prdieger der Konferenz Leer (Ostfriesland) Herrn Sydow ihren Dank ausgesprochen für das offene und mannhafte Auftreten vom 14. März v. J. Ebenso ist von 54 der ange-

sehensten Einwohner der Stadt **Jastrow** in Preußen (Bürgermeister, Stadtverordnete, Kirchenvorsteher, Rathmänner 2c.) sowie vom Wiesbaden-Lieberich-Bierstedter und dem Brieger Protestanten-Verein eine Adresse übersandt worden. Von ziemlich 200 früheren Konfirmandinnen, von denen Sydow bereits gegen 100 getraut und ihre Kinder getauft hat, wurde demselben eine Zuschrift überreicht, die ihm ihre Theilnahme und unverbrüchliche Anhänglichkeit aussprechen sollte. Dagegen sind aus der Ephorie Arnswalde zwei gegen Sydow gerichtete Eingaben, die eine an den evangelischen Oberkirchenrath, die andere an das königliche Konsistorium und eine ähnliche Eingabe von dem Geistlichen uud Gemeindekirchenrathe zu Bagemühl der Behörde übersandt worden. Endlich ist in Berlin in einer am Sonnabend Abend abgehaltenen Versammlung von Mitgliedern der Louisenstadt-Kirchgemeinde folgende Adresse an den Gemeindeprediger Herrn Rhode, einen der Mitunterzeichner der Petition an den Oberkirchenrath in der Sydow'schen Angelegenheit, beschlossen worden:

„Hochgeehrter Herr! Wir bekunden unsere freudige Genugthuung darüber, daß wir die aus Anlaß der Amtsentsetzung des Predigers Dr. Sydow von zwölf berliner Geistlichen an den evangelischen Ober-Kirchenrath übermittelte Eingabe vom 8 Januar c. und das darin ausgesprochene Einverständniß mit dem theologischen Standpunkt des Dr. Sydow auch von Ihnen, unserem Gemeinde-Geistlichen, unterzeichnet fanden. Wir sprechen Ihnen hiermit aus: 1) unsern Dank dafür, daß Sie mannhaft eingetreten sind für einen wegen seines wahrhaft evangelischen Verhaltens verfolgten Mann und für die von ihm vertretenen evangelisch-protestantischen Grundsätze; 2) unsere Bitte, in der ferneren Vertretung dieser Grundsätze durch Wort und That nicht zu ermüden und sich durch etwaige Angriffe nicht beirren zu lassen. Wir sprechen endlich aus: 3) den Entschluß, auch unsererseits an jenen Grundsätzen festhalten und in jedem etwa darüber entbrennenden Kampfe Ihnen, unserem Geistlichen, treu und unwandelbar zur Seite stehen zu wollen.

— Dem Vernehmen ber „N. P. Z." nach geht man in gewissen Kreisen damit um, in diesem Jahre es mit einer Wiederholung der kirchlichen October-Versammlung zu versuchen und zu dem Zwecke den gewählten Vorstand durch Cooptation zu erweitern.

— Nach den Angaben verschiedener Blätter ist die „Kreuzzeitung" das offiziöse Organ des zurückgetretenen Kultusministers geworden. Die scharfen Artikel, welche die „N. P. Z." kürzlich in den kirchlichen Fragen gebracht hat, sollen aus der Feder des Herrn v. Mühler stammen.

— Die „Voss. Ztg." schreibt: Einige lange Schwarzröcke aus dem Elsaß antichambriren so eben bei Personen aus der Umgebung des Hofes. Man sagt uns, sie seien mit einer Petition an den Kaiser bewaffnet und suchen um eine Audienz zur Ueberreichung derselben nach. Ob ihnen diese gewährt wird, dürfte in Anbetracht des Gegenstandes ihres Gesuches etwas zweifelhaft sein, wenn dasselbe konform mit der Petition ist, welche das katholische Zentralkomite in Straßburg betreffs des Gesetzentwurfes über das Unterrichtswesen in Elsaß-Lothringen an den Kaiser richtet. Sie verlangen in erster Linie, daß der Kaiser das Gesetz vorläufig nicht sanktionire, und erinnern ihn an seine Worte, welche er dem Bischof von Straßburg gegenüber äußerte: „Ich werde den konfessionellen Ansprüchen nach dem Beispiele meines höchstseligen Bruders gerecht sein, die Elsässer sind ja auch meine Kinder." Speziell wünschen sie, daß bei der oberen Provinzial-Schulbehörde in Elsaß-Lothringen die katholischen Interessen durch einige „treukatholische Mitbürger" vertreten werden möchten. . . . Dem Vernehmen nach ist bei der Berathung des Gesetzes im Bundesrathe diese Seite der Frage zur Sprache gekommen. Es mußte von einem ähnlichen Wunsche abstrahirt werden, der bei den bekannten Dispositionen des Klerus in Elsaß-Lothringen nur zu Unzuträglichkeiten führen konnte.

— Im Widerspruch mit der „Germania" läßt sich der „Westf. Merkur" von hier schreiben, daß „die Vorstellung der preußischen Bischöfe, betreffs der kirchlichen Gesetzvorlagen bereits an den Kaiser gelangt ist. Der Wortlaut wird vorerst wohl noch unbekannt bleiben, die Sprache aber soll so offen und entschieden sein, wie es die Lage der Bischöfe angesichts der „bedrohten kirchlichen Rechte erfordert."

— Die Hochschule für jüdische Wissenschaft erfreut sich, zumal sie keine Parteirichtung huldigt und lediglich der Förderung der Wissenschaft dient, hauptsächlich auch solche Disziplinen kultivirt, welche auf Universitäten nicht füglich behandelt werden können, einer lebendigen Theilnahme nicht nur seitens der Studirenden (auch der christlichen Konfessionen), sondern auch verschiedener Gönner. So ist dem Institut kürzlich aus Bonn ein Geschenk von 1000 Thlr. und ferner durch eine hochherzige Frau ein anderes, bestehend in der reichen Bibliothek eines kürzlich gestorbenen breslauer Gelehrten, zu Theil geworden. Gegenwärtig wirken vier Dozenten an der Hochschule, darunter Prof. Dr. Steinthal und Dr. David Cassel.

— Der siebente deutsche Journalistentag befaßte sich bekanntlich in seiner Sitzung vom vorigen Jahr mit der Berathung einer Revision des von ihm während seiner Versammlung in Breslau im Jahre 1851 beschlossenen Entwurfes eines „deutschen Reichspreßgesetzes" und beschloß einstimmig, diesen Entwurf dahin abzuändern, daß § 9 desselben lauten solle: „die vorläufige Beschlagnahme ist unstatthaft." Der Vorort München wurde beauftragt, „in einer dem Reichskanzleramte und dem Reichstage vorzulegenden Denkschrift eine eingehende Motivirung dieser Abänderung des § 9 abzufassen und zu diesem Zwecke alle deutschen Zeitungen um Mittheilung von thatsächlichem Material zu ersuchen." In Ausführung dieses Auftrages ersucht jetzt der Vorort die Redaktionen aller befreundeten Blätter, ihm das geeignete Material, wenn möglich, umgehend, längstens aber bis 7. Februar l. J. einzusenden und dabei ihr Augenmerk namentlich auf willkürliche, leichtfertige oder chikanöse Konfiskationen, ungleiche Behandlung der Presse bei Vornahme derselben 2c. zu richten. Die Einsendung ist an die Redaktion der „Neuesten Nachrichten" in München zu richten.

— Laut Anmeldung beim kaiserlichen Zeitungs-Postamt wird die „Daubitz'sche Staatsbürger-Zeitung" vom 15. Februar ab den Titel „Berliner Bürger-Zeitung" führen.

— Nicht weniger als 200 Kreisrichterstellen sollen, wie die „Ger. Ztg" aus dem Justizministerium erfährt, im preußischen Staate gegenwärtig unbesetzt sein. Vergrößert wird dieser an sich schon fühlbare Uebelstand noch dadurch, daß jetzt bei vielen Gerichten und Deputationen die Arbeislast resp. das zu erledigende Material derartig angewachsen ist, daß sogar noch eine Vermehrung der Richterstellen unbedingt eintreten müßte.

— Der jetzt nebst Motiven und Anlagen erschienene Entwurf einer deutschen Strafprozeßordnung läßt das Fehlen eines Gesetzes über die Gerichtsverfassung tief bedauern, weil es mit dieser, wie mit der Zivilprozeßordnung im engsten Zusammenhange steht. Deshalb vermißt man auch in dem Strafprozeßordnungsentwurfe alle Bestimmungen über die Einrichtung und Zusammensetzung der Strafgerichte, die Gerichtssprache, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, die Aufrechterhaltung der Ordnung in denselben, die Art der Abstimmung, die Zuziehung von Dolmetschern, die zu gewährende Rechtshilfe und Anderes mehr. Ferner sind auch alle Vorschriften über die Mitwirkung des Laienelements bei den Strafgerichten sein Verhältniß zu dem der rechtsgelehrten Richter und den dem ersteren zugewiesenen gleichen Antheil an der Urtheilsfindung in den Gesetzentwurf über die Organisationsbestimmungen gewiesen worden.

— Nachdem durch die allgemeine Verfügung vom 1. September v. J. die Anordnung getroffen worden ist, daß die Führung des Grundbuchs über die im § 18 des Geschäfts-Regulativs vom 18. Juli 1850 bezeichneten Güter in allen Fällen, wo dieselbe bis dahin den Kreisgerichten zugestanden hatte, auf die ständigen Kreisgerichts-Deputationen übergehen soll, hat der Justizminister bestimmt, daß den Letzteren nunmehr auch die Bearbeitung der Vormundschaften, Kuratelen und Nachlaßregulirungen zu übertragen ist, welche nach dem Tode der Besitzer der vorgedachten Güter einzuleiten oder bereits eingeleitet sind. Den Kreisgerichten bleibt jedoch die Befugniß vorbehalten, die Bearbeitung solcher Vormundschaften, Kuratelen und Nachlaßregulirungen in einzelnen dazu besonders geeigneten Fällen vor sich zu ziehen.

— In der hier am 7. v. M. stattgehabten Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der Berliner Konferenz ländlicher Arbeitgeber wurde beschlossen, die nächste Generalversammlung der Konferenz bezüglich des zu konstituirenden Vereins am 16. und 17. Mai d. J. in Berlin abzuhalten. Auf derselben soll verhandelt werden über: 1) die Auswanderungsfrage; 2) die Schulfrage; 3) die im landwirthschaftlichen Gewerbe zur Anwendung kommenden Lohnarten (Geldlohn, Naturallöhnung, Tantieme u. s. w.). Zu dieser Generalversammlung sollen die ländlichen Arbeitgeber und sonstige Sachverständige aus ganz Deutschland eingeladen werden.

— Die Zahl den Petitionen, welche während dieser Session bei dem Abgeordnetenhause eingelaufen sind, beträgt bereits über 2000. Das Hauptkontingent bezieht sich auf die kirchenrechtlichen Vorlagen, welchen man meinstens entgegentritt; doch sind nach dieser Richtung jetzt auch einige befürwortende Petitionen eingelaufen. Erheblich ist auch die Zahl derjenigen Petitionen, welche gegen die Aufhebung der Staatslotterieen gerichtet sind.

Mainz, 30. Januar. Vorzüglich auf Betreiben des Bischofs von Mainz ist jetzt aus den Mitteln des „Bonifaciusvereins" in dem oberhessischen Städtchen Büdingen eine katholische Missionsstation errichtet worden. Soweit die Mittel ausreichen, sollen weitere Missionsstationen noch an mehreren Orten im Vogelsgebirge eingerichtet werden. Für die in Fulda zu gründende ultramontane Zeitung fehlt es noch immer an einem Verleger und Drucker. Das Klosterwesen hat unter den neuen Verhältnissen bis jetzt nicht gelitten — es scheint im Gegentheil weiter und nicht viel schlechter zu blühen. Das „Termini en" der Bettelorden wird indessen etwas vorsichtiger betrieben; einstweilen bleibt der Kreis Mainz der einzige Verwaltungsbezirk, in welchem dieser Unfug noch blüht, trotz der Gesetze. Neben dem neuen Kloster der „armen Franziskanerinnen" schreibt das „Frkf. J.", erhebt sich jetzt nach der kurzen Zeit weniger Wochen eine neue Kapelle, und auch die übrigen Ordens-Niederlassungen floriren. So hat ein Kloster in unserer Nähe, in einer armen Gemeinde binnen wenigen Jahren es auf den bedeutenden Grundbesitz von fast 200 Hessischen Morgen gebracht. Ein anderes betreibt eine schwunghafte Industrie, ohne, so viel wir wissen, dafür zur Gewerbe- und Einkommensteuer herangezogen zu sein. Nicht minder charakteristisch für das Wesen und die Lage dieser Verfinsterungs-Centren gegen die allgemeinen Verhältnisse ist der Umstand, daß eines der hiesigen Klöster, dessen ganze Anlage auf eine große Wirksamkeit berechnet war, trotz der bedeutenden Kapitalien, welche ihm die Schwestern beigebracht haben, nicht in den besten ökonomischen Verhältnissen ist, und die Nonnen (Kinder wohlhabender Eltern!) hin und wieder auf schmalste Kost gesetzt werden müssen. Es wäre Zeit, durch Anwendung der Gesetze das Land von diesen unnützen Mittelalterlichkeiten zu befreien.

Mainz, 1. Februar. Das „Mainzer Journal" das Organ des Bischofs v. Ketteler, enthält in einem Leitartikel vom 25. Januar bei Besprechung der Falk'schen Gesetzentwürfe folgende bezeichnende Sätze:

Nachdem man an den Altkatholiken schlechte Hebammen für das zu gebärende Kind einer germanischen Nationalkirche gefunden, sucht man die Zange der Gesetzesmacherei anzuwenden. Der Dusel des Germanismus hat dermaßen alle Köpfe verrückt, daß man wahrlich keinen Grund mehr hat, schlechte Witze über die „glorie de la grande nation" zu machen. Deutsch, nichts als Deutsch und immer wieder Deutsch! Deutsche Wissenschaft, deutsche Kunst, deutsche Sitte, deutsche Gottesfurcht, wenn das so weiter geht, dann kann es gar nicht ausbleiben, daß mit den andern Eigenschaften auch die Dummheit und Narrheit urgermanisch werden.

Braunschweig, 30. Jan. Das Ergänzungsheft zur Zeitschrift für Rechtspflege im Herzogthum Braunschweig veröffentlicht das mannhafte Urtheil des Obergerichts zu Wolfenbüttel über einen skandaleusen Betrug, den ein hochgestellter Beamter des Landes, Kammerdirektor Löhneisen, in seiner Eigenschaft als Dirigent der bergamtlichen Abtheilung des Ministeriums sich zu Schulden kommen ließ. Der Prozeß wirft ein grelles Licht auf die Korruption, die in Beamten- und Militärkreisen hierselbst einzureißen beginnt. Direktor Löhneisen hatte, aufmerksam gemacht durch die Eingabe eines Hrn. Löhr, um Genehmigung einer Muthung auf Steinkohlen und Schwefelkies, seinen Sohn, Rittmeister v. L. (in österreichischen Diensten) und später noch einen zweiten Sohn veranlaßt, ebenfalls dieselbe Muthung „vordatirt" einzureichen. Kurz, nach allerlei Machinationen wurde Löhr abgewiesen und dem Rittmeister v. L. das Muthungsrecht zugesprochen. Auf Anklage Löhr's entschied nun das Obergericht in einem ausgezeichnet klaren und unparteilichen Resumé, daß Löhr das alleinige Recht der Muthung besitze und Herr v. L. „auf Erfordern der Betheiligten oder von Amts wegen durch das Staatsministerium anzuhalten sei, in Sachen seiner Kinder den der Bergdirektion obliegenden Geschäften fern zu bleiben." Man ist erstaunt, daß die Staatsregierung nur dem Urtheil entsprochen und ihn nicht sofort aus dem Staatsdienst entlassen hat. (D. Allg. Z.)

Offenbach, 28. Jan. Professor Knoodt aus Bonn hielt gestern, wie man der „Frankf. Z." schreibt in der hiesigen evangelischen Schloßkirche den ersten altkatholischen Gottesdienst ab. Die Theilnahme war so groß, daß die geräumige Kirche nicht alle Besucher fassen konnte. Nachmittags fand eine Versammlung zum Zwecke der Gründung einer altkatholischen Gemeinde in dem benachbarten Orte Bieber statt.

Freiburg, 2. Febr. Wie das freiburger „Kath. Kirchenbl." meldet, ist kürzlich von dort die hundertste Sendung Peterspfennige (eine Sendung beträgt 1400 Gulden) nach Rom abgegangen. Somit sind 140,000 Gulden allein aus dem badischen Lande innerhalb der letzten Zeit in den unergründlichen römischen Schlund geflossen! wie viel wohl aus ganz Deutschland?!

Kolmar, 2. Februar. Wie die „Elsäss. Korresp." mittheilt, wurde am 23. v. M. zu Kolmar im Seminargebäude ein Neben-Seminar eröffnet. Oberlehrer Dr. Schuster hielt als Vertreter der Seminardirektion die Festrede. Der Redner hieß die 23 angehenden Lehrer, mit welchen die Anstalt eröffnet wurde, herzlich willkommen. Es ist sehr erfreulich, daß so viele junge Leute sich dem Lehramte widmen. Nach der angeführten Quelle ist die Zahl der Präparanden, welche im August vorigen Jahres, wo die Präparandenanstalt eröffnet wurde, nur 9 betrug, jetzt schon auf 42 gestiegen. Die Zöglinge dieser Anstalt wurden zu Neujahr in zwei Klassen getheilt und sind seitdem auch zwei Lehrer bei derselben thätig. Zu Ostern werden wieder neue Zöglinge aufgenommen und darf gehofft werden, daß sich alsdann die Zahl auf wenigstens 60 steigern wird.

Oesterreich.

Pest, 31. Januar. Einen ganzen Monat hat man zu der Generaldebatte über das ungarische Budget für das laufende Jahr verbraucht — vergeudet wäre das richtigere Wort. Haben die Magyaren ein großes Verdienst um die Begründung des Parlamentarismus in der Monarchie, so thun sie auch wirklich das Ihre, um denselben dem Untergange preiszugeben. Wir wollen nicht allzuviel Gewicht legen auf die Bande von Harlekinen der äußersten Linken, die Czadlady's, Madarasz, Baron Balduczy u. s. w., die jedes Budget verweigern, so lange nicht der Ausgleich zerrissen sein wird, der Ungarn an Oesterreich zur Ausbeutung verrathen habe. Aber welch ein Anblick, als der plattirte Graf Lonyay und der Führer der Opposition Koloman Tisza ihre schmutzige Wäsche im offenen Hause wuschen! Gegenseitig werfen sich die beiden Ehrenmänner ihre „Familienbahnen" vor — auf Tisza's Rechnung kommt die „Nordostbahn" — und Tisza zieh überdies den Exminister der wissentlichen Lüge, indem er an die große Rede erinnerte, mit der Lonyay dem Hause die seine Güter kreuzende Bahn von Nyiergyhaza nach Unghvar förmlich aufzwang, während Lonyay heute behauptet, gegen jene Schinenstrecke gewesen zu sein. Tisza wiederum will bezüglich der „Nordostbahn", die eine so merkwürdige Wahlverwandtschaft mit den Besitzung des steinreichen Oppositionsmannes an den Tag legt, seine Hände in Unschuld waschen. Aber das ändert nichts an der offenkundigen Thatsache, daß Deakisten und Oppositionsmänner in ganz gleicher Weise den Staatssäckel als Melkkuh behandelt haben, wenn auch natürlich Exz. Lonyay den Rahm abgeschöpft hat. Wenn nun Tisza selbst Lonyay's Wirthschaft mit seinen schmierigen Sensalen Levy und Cohn — Gentlemen geben sich aber zu solchen Durchsteckereien nicht her! — dahin charakterisirt: „jeder solider Platz, jede solide Bank müßte von dem Verkehr mit uns zurückgeschreckt werden"... was soll denn die alberne Behauptung Kerkapolyi's, nur den Mißgunst der wiener Presse und Banquierwelt sei es zuzuschreiben, daß die pester Regierung mit ihren Anlehensversuchen in London abermals durchgefallen ist?

Frankreich.

Ueber die Angelegenheit des Prinzen Napoleon wurden vor dem Seine-Tribunal die Verhandlungen begonnen. Jérôme Napoleon beansprucht von Herrn Viktor Lefranc, ehemaligen Minister des Innern, und jenen Unterbeamten, welche bei seiner Ausweisung betheiligt waren, eine Entschädigungssumme von 20,000 Francs. Der Vertreter des Prinzen hat seine Ueberraschung geäußert, daß er unter den Akten nicht auch das Protokoll über die Ausweisung vorgefunden habe. Viktor Lefranc, der in der Sitzung gegenwärtig war, erklärte, die volle Verantwortlichkeit für seine Person in Anspruch zu nehmen, und bezüglich des Protokolles, daß er, nachdem er nicht mehr Mitglied des Kabinets sei, auch nicht jenes Dokument, das Staatseigenthum sei, vorweisen könne. Herr Viktor Lefranc fügte, mit einem Seitenhieb auf Gramont, hinzu, daß er nicht zu Jenen gehöre, welche, wenn sie aus einem Ministerium treten, auch die Staatspapiere mitgehen lassen. Das Tribunal beschloß hierauf, die Sitzungen auf vierzehn Tage zu verschieben und erst dann über die Kompetenz Beschluß zu fassen. Eine große Menge Bonapartisten hatte sich im Verhandlungssaale eingefunden. Jeder Tag bringt übrigens einen neuen Beweis dafür, daß Plon-Plon, trotz aller Ableugnungen von Seite seiner Freunde, auf dem besten Wege dazu ist, den Mann von Straßburg, Boulogne und 2. Dezember, was Lüge, Betrug, Konspiration und Korruption betrifft, kopiren zu wollen. Auch der nachstehende Brief an den Redakteur der „Times" wird in diesem Sinne aufzufassen sein:

„Mein Herr! Ich bin vom Prinzen Napoleon beauftragt Sie um Veröffentlichung folgender Notiz in Erwiederung der gestern in der „Times" und andern Blättern erschienenen Artikel zu bitten. Der Prinz weist alle Verantwortlichkeit für politische Ansichten und Erklärungen, welche ihm von den Zeitungen zugeschrieben werden könnten, und die nicht seine Namensunterschrift tragen, von der Hand. Ich habe die Ehre 2c. Der Privatsekretär des Prinzen Emile Indeune. London, 28. Jan."

Paris, 30. Jan. Der Bericht, welchen die Kommission zur Prüfung der Akte der Regierung vom 4. September auf den Tisch der Nationalversammlung gelegt hat, bringt lehrreiche historische Dokumente zur Kenntniß, welche eine Reihe von 146 Belegstücken schließen. Es sind drei Depeschen Gambettas.

23. Dezember, 9 Uhr 16 Min.

Gambetta an Freycinet Bordeaux.

Ich lese mit Erstaunen Ihre Depesche über die Finanzen; ich bitte Sie, Ihre Voranschläge für den Januar in umfassender Weise zu machen. Diese Ausgaben müssen alle so reichlich wie nur möglich angesetzt werden, und ich schreibe an die Regierung, um sie ein letztes Mal aufzufordern, widrigenfalls ich einen Eklat machen würde. Wir werden, wenn es nöthig ist, die Bank von Frankreich depossediren und ohne Rücksicht auf allen diesen Widerstand, welcher Frankreich zu Grunde richtet, unsere Ziele weiter verfolgen.

L. Gambetta.

23. Dez., 9 Uhr 25 Min.
(Aeußerst dringlich.)

Gambetta an Herrn Crémieux, Bordeaux.

Mein werther Kollege! In dem Augenblicke, da die erschöpften Preußen eine letzte Anstrengung machen, da wir hoffen können und hoffen sollen, aus dem ungeheurem Kampfe ruhmreich hervorzugehen, in diesem Augenblick verweigert man uns das nöthige Geld. Ich werde in einem öffentlichen Apell an Frankreich protestiren, ich bin zu Allem entschlossen. Wir werden nöthigenfalls die Bank sprengen und Staatsnoten ausgeben; ich kann nicht glauben, daß man uns die Mittel verweigern möchte, das Land und die Republik zu retten. Schaffen Sie also Rath und antworten Sie mir; denn ich bin lieber zu Allem entschlossen, als daß ich mich durch diese Hindernisse aufhalten ließe.

L. Gambetta.

25. Dezember, 8 Uhr 45 Min. Ab.

Gambetta an Laurier, Bordeaux.

Ich habe Deine Depesche über das Dekret, betreffend die Bank, erhalten. Das Alles ist nicht genügend. Nehmen wir es einstweilen an; aber binnen 8 Tagen muß eine entscheidende Maßregel getroffen werden, welche uns noch zwölf Mal so viel einträgt. Der Schnee liegt einen Schuh hoch, das ist für uns störend und (hier zwei unleserliche Worte). Ich werde zu Euch hinüberkommen und Euch zu einer einzigen Maßregel bestimmen, mit welcher der Sieg uns gewiß ist; nur muß man aufhören, mit mir zu knausern. L. Gambetta.

Paris, 30. Januar. Der jetzt Thiers vorliegende Bericht des Generals Rivieres über Bazaine ist ein riesiges Schriftstück, dessen erster Theil die Kriegsoperationen vom 12. August bis 1. September 1870 behandelt; der zweite geht bis Sedan unter steter Berücksichtigung von Metz. Die Generale, welche das Kriegsgericht über Bazaine bilden sollen, sind vom Kriegs-Minister vorgeschlagen und deren Namen dem Präsidenten der Republik überreicht worden. Ueber Zeit und Ort der Gerichtsverhandlungen lauten die Angaben noch widersprechend; es heißt, daß St. Cyr zum Orte ausersehen sei; die Zeit hängt von dem Eifer und der Arbeitskraft der Instanzen ab, die der Bericht Rivieres' noch durchzumachen hat.

Sitzung der National-Versammlung vom 30. Januar. Nach Challemel-Lacour's Rede, die im Grunde genommen nur, wie auch der in Rede stehende Bericht, längst abgethane Dinge betrifft, ergriff de Carayon-Latour, ein sehr heißblütiger Royalist, das Wort und gab zu einer furchtbaren Aufregung Anlaß. Challemel-Lacour hatte in seiner Rede geäußert, daß sich derselbe auf so glänzende Weise bei Nuits benommen habe. Raoul Duval hatte Challemel mit den Worten unterbrochen: „Sie haben ihn erschießen lassen wollen; ich weiß es von de Carayon selbst." Letzterer wollte darüber nun Aufschluß geben.

„Ich hatte", so meinte derselbe, „die Ehre, ein Bataillon Mobilen zu kommandiren; bei meiner Ankunft in Lyon sah ich die rothe Fahne auf der Präfektur; in dem Dorfe, wo ich mit meinem Bataillon in Quartier kam, war ebenfalls eine rothe Fahne, nur auf Stunden war sie weggenommen worden. Die Behörden jenes Dorfes wurden die tödtlichen Feinde meines Bataillons; ich war genöthigt, die Vertheidigung meines Bataillons zu übernehmen, das sich auf bewunderungswürdige Weise benahm. Ein Bericht wurde gegen mein Bataillon bei Herrn Challemel-Lacour gemacht; dieser sandte ihn an den General Bressoles mit den Worten: Lassen Sie alle diese Leute erschießen." (Beifall auf der Rechten, furchtbarer Lärm). — Challemel-Lacour: Mein Gedachtniß hat davon nichts zurückgehalten. (Bärmende Unterbrechungen.) — Eine Stimme: Sammeln Sie Ihre Erinnerungen. — Challemel-Lacour: Ich weiß über die Sache nichts. Ich will die so bestimmt auftretenden Behauptungen nicht in Zweifel ziehen, aber es ist unmöglich, daß diese Bemerkung existirt. (Neuer furchtbarer Lärm, der Präsident kann kaum den Tamult beherrschen.) Das Dokument muß aufgefunden werden. (Neuer Lärm.)— Eine Stimme: Die Versicherung des Herrn de Carayon-Latour reicht hin. — Challemel-Lacour: Es setzt mich in Staunen, daß dieses Aktenstück, welches die Aufmerksamkeit auf so lebhafte Weise erregte (Lärm), keine Spur zurückgelassen hat. Man muß eine Untersuchung anstellen, man muß es vorbringen, und eine günstige oder ungünstige Erklärung wird gegeben werden. (Tumult. Die Sitzung bleibt während mehrerer Minuten suspendirt.) — Graf Rampon (nähert sich der Tribüne): Wenn Sie dieses gethan, so wäre es erbärmlich. — Challemel-Lacour (endlich wieder zu Worte kommend): Die Thatsache ist ernst, wenn man sie so auslegt, wie man es thut. (Lärm.) Es muß in den Aussagen dessen vorgekommen sein, welcher der Hauptzeuge ist. Der General Bressolles kann diesen Brief nicht verloren haben. Ich erwarte also das Ergebniß der Untersuchung; ich erwarte es mit Ruhe — Daguilhon-Lasselve: Ich behaupte, daß der General Bressolles uns gesagt, daß er den Befehl in seinen Händen gehabt und daß derselbe ihm zugesandt worden ist. (Aufregung). — Die Diskussion wurde alsdann auf morgen vertagt.

Spanien.

Von der Vermehrung der königlichen Familie wird in Madrid viel Aufhebens gemacht, fast als ob das Kind der muthmaßliche Thronerbe und nicht schon der dritte Knabe wäre. Aber es ist freilich der erste Infant der savoyischen Dynastie, der auf spanischem Boden geboren ist. Das Kind, welches am 2. Februar getauft werden und die Namen Ludwig Amadeus Joseph Maria Ferdinand Franz empfangen soll, wurde einige Stunden, nachdem es das Licht der Welt erblickt, dem durch kgl. Dekret festgestellten Zeremoniell gemäß offiziell präsentirt Abends waren die öffentlichen Gebäude erleuchtet. unter den vornehmen Herren, welche sich im Palaste als Besucher eingeschrieben haben, befinden sich auch Sagasta und viele Konservative; immerhin ein Beweis, daß diese Partei noch immer zu der Dynastie zu halten gedenkt.

Italien.

Rom, 27. Jan. Obwohl noch immer nicht sämmtliche Mitglieder der zur Berichterstattung über das Gesetz der religiösen Körperschaften eingesetzten Kommission der Kammer beisammen sind, halten die hier anwesenden Mitglieder derselben ihre regelmäßigen Sitzungen und haben bereits ihre Arbeiten begonnen. Wie vorauszusehen war, ist es besonders der die Ordens-Generalate betreffende Artikel II. der genannten Vorlage, welcher auf große Schwierigkeiten stößt und der Kommission sowohl als der Regierung große Verlegenheiten bereitet. Die Kommission hat sich einstimmig für die Nothwendigkeit der Beibehaltung der Ordens-Generalate und die Garantie ihres Fortbestandes erklärt, dagegen aber die Beibehaltung der Generalatshäuser abgelehnt, da dieselbe der Errichtung und Sanktionirung neuer religiöser Ordensinstitute gleichkommen würde. Hierüber ist die Kommission, wie gesagt, einig; doch über die Art und Weise, auf welche für die Unterkunft der Ordens-Generalate gesorgt werden soll, differiren die Meinungen entschieden und konnte bisher noch keine Einigung erzielt werden. Während nämlich die Einen den Ordens-Generalaten eine strikte, für die Generale selbst und deren nächste Umgebung bestimmte Anzahl von Lokalitäten anweisen, die Anderen, um die Frage kurz zu erledigen, die Zivilliste des Papstes entsprechend vermehren und ihm die Sorge für die Erhaltung der Ordens-Generalate überlassen wollen, schlagen wieder Andere einfach vor, den Artikel II. einfach durch die Beibehaltung der Ordens-Generalate zu reduziren und es der Regierung zu überlassen, in einem besonderen Gesetze für die Art und Weise der Unterbringung der Generalate zu sorgen, die betreffenden Klöster aber sogleich zu expropriiren und die Konvertirung der Generalatsgüter im Staate anzuordnen. Wie man sieht, bietet die Anwendung jeder dieser drei vorgeschlagenen Maßregeln große Schwierigkeiten und ist theilweise praktisch gar nicht durchführbar.

Großbritannien und Irland.

London, 30. Januar. Das Räthsel, das sich an dem Untergang des Auswandererschiffes Northfleeth knüpft, ist gelöst. Welches Urtheil über den Murillo und seinen Kapitän zu fällen sein wird, ist oft genug angedeutet worden. Hoffentlich gelingt es, ihn zur Bestrafung zu ziehen. Das Schiff ist zwar ein spanisches; der Eigenthümer aber ein Engländer. Auch der vor Dungeneß auf dem Meeresboden liegende Northfleeth, dessen Mastspitzen nur bei niedrigem Stande der Ebbe über dem Wasserspiegel hervorragen, bietet Räthselhaftes in so fern, als bis heute Morgen bloß vier Leichname von ihm weggespült wurden. Und doch bürgt er deren über 300 und sind schon 6 Tage um, seit er in die Tiefe sank. Heute sollen die Taucher an die Arbeit gehen, um von der Ladung zu bergen, was geborgen werden kann, und die Maste auszuheben. Es ist dies ein trauriges, mit Gefahr verbundenes Geschäft, gegen das die Strandbevölkerung eine um so größere Abneigung zeigt, als sie über den zu erhaltenden Lohn nicht recht im Klaren war. Altem Herkommen zufolge, erhält nämlich jeder, der einen Leichnam auf dem Strande findet, 5 Shilling Belohnung; wer dagegen eine Leiche auf dem Meere auffischt und sie ans Land bringt, erhält nicht nur keinen Lohn für seine Mühe, sondern muß obendrein die Begräbnißkosten aus eigenen Mitteln bestreiten. Gegenüber dieser kitzligen Dilemma wußten die Leute an der Küste nicht recht, ob es für sie gerathen sei, hilfreiche Hand zur Auffindung der Ertrunkenen zu bieten, und auch der weise Magistrat des zunächst gelegenen Dörfchens Lydd wußte nicht rechte Haltung zu finden, da ihm die Pflicht zufallen würde, die 300 Ertrunkenen zu begraben, was, ganz abgesehen von den Unkosten, schon während der geringen Ausdehnung des Kirchhofes seine Schwierigkeiten hätte. Allen diesen Zweifeln ist jedoch jetzt ein Ende gemacht. Die Eigenthümer des verunglückten Schiffes machen sich nämlich anheischig, für jede aus dem Wrack heraufgeholte Leiche 2 L. Sterling zu bezahlen und der unter dem Vorsitz des Lord Mayors gebildete Ausschuß verspricht seinerseits für jeden auf hoher See aufgefischten Leichnam eine Belohnung von 5 bis 10 Shilling. Da dieser Ausschuß auch die Begräbnißkosten bestreiten wird, handelt es sich nur mehr darum, den Begräbnißplatz des Ortes zu erweitern, und die Leichen an das Tageslicht zu schaffen. Damit wird morgen begonnen werden. Es ist dann ohnedies der siebente Tag, an dem versunkene Leichen meist nach oben schwimmen. Doch will man als Nachhilfe eine 50 Pfund starke Pulverladung in der Tiefe, nahe am Wrack, entzünden, damit durch die Erschütterung den leblosen Körpern ein Anstoß nach oben gegeben werde. Sonst pflegte man zu diesem Geschütze über den Meeresspiegel hinwegzufeuern. Obige Methode gehört zu den neuen Gedanken unserer Zeit, die bei dieser Gelegenheit zum ersten Male versucht werden wird.

Rußland und Polen.

⚭ **Petersburg**, 29. Januar. In diesen Tagen ist hier eine Nachricht aus Tiflis eingelaufen, welche selbst in den Regierungskreisen einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen hat. Die Nachricht lautet: „Die Bergbewohner des kubanschen Verwaltungsbezirks haben beschlossen nach der Türkei auszuwandern." Der Sachverhalt ist Folgender. Nachdem Rußland im Jahre 1864 ganz Tscherkassien erobert hatte und einige hundertausend Tscherkessen, nach der Türkei ausgewandert waren, blieben noch einige hundert Familien zurück, denen die Regierung an den Flüssen Kuban, Laba, Urupa, Biala u. A. Wohnsitze anwies und pro männlichen Kopf 4 — 5 Djesiatynen (à circa 5 Magdeb. Morg.) Land zutheilte. Das übrige freie Land, wurde den Generalen und höheren Offizieren geschenkt. Die so verkürzten wirklichen Eigenthümer baten nun zu wiederholten Malen die Regierung möchte ihnen doch mehr Land geben und sie in dieser Beziehung wenigstens mit den Kosaken gleich stellen, welche bis 20 Djesiatynen pro Kopf haben; immer jedoch wurden die Petenten unter nichtssagenden Gründen abgewiesen. In Wahrheit wollte man ihren Wünschen deßhalb nicht nachkommen, weil die Beamten, an die sich wendeten, mit zu den Beschenkten gehören und also fürchten, daß die Regierung ihnen einen Theil der Donation abnehmen möchte, um ihn an die Autochthonen zu vertheilen. — Einen zweiten Grund der Unzufriedenheit jener Bergvölker theilt mir ein Mann mit, der mit den Verhältnissen am Kaukasus sehr intim vertraut ist. Es ist dieses die grenzenlose Habsucht des russischen Beamten, welcher immer neue Ursachen zur Verfolgung der friedlichen Bergbewohner findet, die sich durch Geschenke von Untersuchungen und Plackereien loskaufen müssen.

Sie haben sich also mit der Bitte an die hohe Pforte gewendet, ihnen auf türkischem Territorium Ländereien zur Ansiedelung anzuweisen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß diese mit Freuden die Gelegenheit ergreifen wird, einen der schönsten Landstriche Kaukasiens ohne Feuer und Schwert in eine Wüste zu verwandeln. Alle eingelaufenen Berichte legen Zeugniß ab für den Fleiß, für die Betriebsamkeit und Rechtlichkeit der auswanderungslustigen Stämme. Die in ihren Aulen hausirenden russischen Kaufleute können ihre Ehrlichkeit nicht genug rühmen. — Ich theilte Ihnen vor längerer Zeit mit, daß in Charkow ein Monstreprozeß wegen Fälschung und Verbreitung falscher 50 Rubelscheine schwebt. Er schleppte sich acht volle Jahre hin und hat endlich am 4. d. M. sein Ende erreicht, dabei aber die tiefe Verdorbenheit der höheren Stände in ein sehr reelles Licht gestellt. Zu den Hauptschuldigen gehören nämlich der Adelsmarschall des charkower Kreises Gowrelow und der Oberstlieutenant Beklemischew. Sie wurden zu je zu 4 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurtheilt, wo bekanntermaßen die Fabrikation falschen Papiergeldes in großartigem Maßstabe betrieben wird. Bezeichnend ist, daß das Gericht selbst eine Begnadigung der Verbrecher bei dem Kaiser nachsuchen will. — Der „Ruski Mir" theilt mit, daß sich unter den deutschen Kolonisten Süd-Rußlands ein eigenthümlicher Trieb zum Auswandern kundgegeben hat. Ihre Befreiung von der Militärpflicht hat nämlich aufgehört.

Amerika.

Newyork, 18. Januar. Nulla dies sine linea — kein Tag ohne Aufregung oder, in der Sprache der Yankees, kein Tag ohne „sensation", unter welchen Begriff neben einer Reihe ungeheuerlicher Brand- und Mordgeschichten, alle jene Tagesereignisse fallen, welche unter den Namen Credit Mobilier, Annexion der Sandwichs-Inseln, Ankauf von San Domingo, Konflikt mit Spanien, Tod Napoleon's, Sturz Bismarck's u. s. w. die öffentliche Meinung im ganzen Lande beschäftigen, um bald neuen Zeichen und Wundern zu weichen, welche die nächsten Stunden bringen. Das Wort Langeweile hat in dem Wortschatze der Amerikaner einen weit untergeordneteren Platz, als in dem anderer Nationen; die Zeit, welche an der Spree als die der sauren Gurken bekannt ist, existirt für den Amerikaner nicht, es geht immer etwas vor, das im Guten oder Schlimmen interessant genug ist, um die Gesellschaft bis zu dem Eintreffen des nächsten „Etwas" zu bewegen. Kaum ist die Präsidentenwahl vorüber, kaum ist ihr Opfer Horace Greeley in die Erde gesenkt, sofort tauchen aus dem Meere und den unergründlichen Tiefen unserer heimischen Politik einige jener oben erwähnten „sensations" auf, von denen jede einzelne hingereicht hätte, das Land für kurze Zeit in die nothwendige Aufregung zu versetzen. Dies hat in hervoragender Weise die vom Credit Mobilier in Szene gesetzte großartige Bestechungsgeschichte vermocht, welche durch den Obersten Mac Comb enthüllt wurde und viele Mitglieder unserer Volksvertretung in ein sehr böses Licht gestellt hat. War es nicht auch die Allmacht des Dollars, welche die Sandwichs-Frage hervorzauberte? Kaum waren Se. Majestät Kamehameha V. zu ihren Vätern versammelt, als auch schon viele Stimmen laut wurden, welche die Annexion der Inseln an die Union verlangten. Die gewöhnlichen Phrasen, wie Flottenstation, Beherrschung des Stillen Oceans, Erleichterung des Handelsverkehrs mit Australien 2c., mußten ins Feld rücken, um die Idee der Annexion recht gewichtig zu machen. Es scheint jedoch, als habe dieselbe wenig Aussicht auf Erfolg; die Monroe-Doctrin hat in dem Volke tiefe Wurzel gefaßt, und sie wird sich wohl schwerlich zu Gunsten eines, freilich paradisisch schönen, Fleckens Erde umgehen lassen, der eine trotz Konstitution, Armee, Flotte und Orden recht elende Menschenklasse beherbergt; das behaupten wenigstens die vielen unterrichteten Amerikaner, welche die Sandwichs-Inseln durch längeren Aufenthalt genau kennen gelernt haben. Unser Landesvater hätte gegen die Annexion schwerlich etwas einzuwenden; der schwarze Frack vermag doch den Soldaten nicht zu verdecken, und dieser kommt denn auch stets sofort zum Vorschein, sobald ein entferntes Säbelgerassel gehört wird. Und nun droht sogar die englische Presse mit dem Zeigefinger, und der London Standard oder irgend ein anderes Blatt unterfängt sich, von dem Gleichgewicht im Stillen Ocean, also von der Annexion der Fidschi-Inseln an England zu sprechen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 4. Februar.

— Auf welcher breiten Grundlage die ultramontane Agitation gegen die kirchenpolitischen Gesetzentwürfe, welche der Erzbischof Graf Ledochowski in Verbindung mit den deutschen Bischöfen in Rom zu setzen begonnen hat, angelegt ist und welche ernsten Ziele sie sich gesteckt hat, beweist eine Notiz des vertraulichen erzbischöflichen Organs „Tygodnik kat.", das unter Hinweis auf die dem Erzbischof bereits überreichten geistlichen Ergebenheitsadressen sich also äußert:

„Wir zweifeln nicht, daß überall die Geistlichen dasselbe thun werden und den Geistlichen werden auch die Laien folgen, und so wird gegen den modernen Liberalismus eine terribilis acies bene ordinata (eine schreckliche wohlgeordnete Schlachtreihe), der Gott und der Kirche treugebliebenen Katholiken sich bilden, welche zu allen Opfern und Prüfungen bereit sind, bis Gott Erbarmen hat. Noch sind die über uns verhängten Prüfungen nicht bis zum Blutvergießen gesteigert, aber auch dies ist bei der streitenden Kirche nichts Neues."

Aus dieser Notiz ersieht man zugleich, daß die Ergebenheitsadressen der Geistlichen wie der Laien höheren Orts bestellt sind.

— In Betreff der Unterrichtssprache und des Sprachunterrichts an den höheren Lehranstalten unserer Provinz ist vom polnischen Abgeordneten v. Wierzbiński eine von den Mitgliedern der polnischen Fraktion und einigen Mitgliedern der Zentrums-Fraktion, (darunter v. Mallinckrodt, Reichensperger-Koblenz, v. Loe, v. Schorlemmer-Alst, Kehler 2c.) unterzeichnete Interpellation an die Staatsregierung eingereicht worden. Es wird in derselben die Regierung befragt, welche Beweggründe sie veranlaßt haben, in letzterer Zeit Verfügungen zu erlassen, welche Angesichts der Rechte und der bestehenden Verordnungen bestimmen, daß 1) der Religionsunterricht in den höheren Lehranstalten des Großherzogthums Posen nur in deutscher Sprache stattfinden und 2) der polnische Sprachunterricht als obligatorisch nur bei dem Maria-Magdalenen-Gymnasium und der Realschule zu Posen und dem Gymnasium zu Ostrowo ertheilt werden solle. Es ist übrigens von Interesse, daß die in dieser Interpellation aufgestellten Thatsachen nicht einmal richtig angeführt sind, trotzdem die polnischen Zeitungen selbst die Uebersetzung des von uns mitgetheilten Originaltextes der betr. Ministerial-Verfügungen gebracht haben. Was den ersten Gegenstand der Interpellation, den Religionsunterricht, betrifft, so wird derselbe von Ostern d. J. ab in den unteren Klassen der beiden katholischen Gymnasien zu Posen und Ostrowo, sowie in den polnischen Cöten der unteren Klassen der Realschule zu Posen nach wie vor in polnischer Sprache ertheilt werden. Die Ertheilung des polnischen Sprachunterrichts dagegen (ad 2) bleibt obligatorisch nur bei den unteren Klassen resp. Cöten der angeführten drei Anstalten. Der wesentliche Inhalt der beiden Ministerialverfügungen vom 16. Novbr. v. J. (betr. den Religionsunterricht) und vom 6. Dezember v. J. (betr. den polnischen Sprachunterricht), sowie der Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vom 4. Januar d. J. läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: an allen höheren Unterrichtsanstalten der Provinz, mit Ausnahme der unteren Klassen resp. Cöten der beiden katholischen Gymnasien zu Posen und Ostrowo, sowie der Realschule zu Posen, kommt von Ostern d. J. ab in allen Unterrichtsgegenständen, auch in der Religion, nur die deutsche Unterrichtssprache in Anwendung; der polnische Sprachunterricht wird an allen höheren Lehranstalten fakultativ ertheilt und nur in den unteren Klassen resp. Cöten der drei genannten Lehranstalten obligatorisch.

— Es geht uns folgende Meldung zu:

Im Laufe der vergangenen Woche hatte ein am Typhus schwer erkrankter Knecht Aufnahme im hiesigen Stadtlazareth gefunden. Als sich dann aber herausstellte, daß die Herrschaft sich weigere, trotz der gesetzlichen Verpflichtung, die Kurkosten für den Dienstboten zu tragen, so wurde der Kranke am Donnerstag Morgen bei 4° Kälte wieder in den Krankenkorb gepackt und von dem Lazareth bis zum Warschauer Thor auf das Grundstück der Dienstherrschaft zurückbefördert. Dort wurde er aus dem Korbe gehoben und in einer Remise ohne Ofen und Fenster niedergelegt. Nunmehr nahm die Polizeibehörde die Sache in die Hand und verlangte schließlich wiederholt von dem Magistrat die Wiederaufnahme des Kranken in das Lazareth. Als diese verweigert wurde, wurde der Knecht von der Polizei der Krankenanstalt der Diakonissen übergeben, woselbst er auch ohne Nachweis über die event. Bezahlung der Kurkosten Aufnahme fand.

— Zum Kreisschulinspektor ist Herr Nitschke, Lehrer beim katholischen Schullehrer-Seminar in Exin, ernannt worden.

— **Wie wenig Vertrauen sich die polnischen Abgeordneten** bei ihren Landsleuten erworben haben, wird noch klarer durch die auffallende Erscheinung, daß die Führer der Bauerwirthe im Kreise Kosten Polen von echtem Schrot und Korn sind, wie dies der nationale „Wiarus", der Adjutant des „Dziennik Pozn.", selbst hervorhebt! Ihr Hauptanführer, der Gastwirth und Bauernhofsbesitzer Koszewski zu Kielczewo bei Kosten, ist Abgeordneter zum Provinziallandtage, und hat sich dort bei verschiedener Gelegenheit als ein guter Pole gezeigt; und als vor etwa 10 Jahren dorthin ein deutscher Prediger versetzt werden sollte, ging Koszewski direkt zum Oberpräsidenten, und wußte diesen zu dem Versprechen zu bewegen, daß die Bauern keinen deutschen Prediger erhalten würden. Ohne Koszewski's Rath thuen in jener Gegend die Bauern Nichts, er besitzt ihr volles Vertrauen und steht ihnen ohne Eigennutz mit Rath und That zur Seite. Wie im kostener Kreise, so beginnen die kleinen polnischen Landleute sich an vielen Orten von der Herrschaft der Adligen und Pfaffen zu emanzipiren und wo ihr Vortheil es erheischt, mit den Deutschen Hand in Hand zu gehen: in der Zniner Gegend wählt man einen Abgeordneten zum Provinziallandtage, und dabei stimmen die polnischen Bauern in einem Dorfe einstimmig für einen Deutschen; und in Posen strömten im vorigen Sommer die polnischen Arbeiter massenhaft den deutschen Sozialdemokraten Kappel und Finn zu! — Der „Wiarus" berechnet für die Fassungsgabe und den Bildungsgrad der niederen Volksschichten, weist in populärer Sprache den Bauern nach, daß sie auf einem falschen, verderblichen Wege sich befinden, wenn sie gegen die „Herrchen", d. h. gegen die Adligen und großen Grundbesitzer feindselig auftreten, giebt aber auch diesen eine bittere Pille, indem er ihnen räth, sie möchten sich um die Hebung und um das Wohl der Klasse der kleinen Grundbesitzer mehr kümmern, und ihnen die brüderliche Hand reichen. Der „Dziennik pozn.", das Organ der polnischen Abgeordneten-Fraktion, tritt natürlich auch bei dieser Gelegenheit für die Solidarität der polnischen Interessen, sein infallibiles Glaubensdogma ein und meint, Polen dürften zu Vermittlern nur ihre Landsleute wählen, mit denen sie die Einheit der Sprache, Religion und Tradition verbinde. „Einigkeit allein könne die polnische Nation erhalten, ohne diese gehe sie unfehlbar unter. Wer von Herrchen und halben Herrchen spreche, der liebe nicht sein Vaterland und verletzte seine bürgelichen Pflichten. Das einzige Feldgeschrei der Polen dürfe sein: wir Polen, Polen ein und derselben Mutter, ohne Rücksicht auf Vermögensstand und soziale Stellung." Damit wird indirekt ein Hieb dem „Orędownik" gegeben, welcher vor einiger Zeit als Vertreter der Interessen des kleinen Mittelstandes den Ruf ertönen ließ: „wir städtisches und ländliches Volk, wir łyki" (Spitzname für den Bauer). Noch deutlicher spricht dies die „Gaz. Tor." aus, indem sie

(Fortsetzung in der Beilage.)

Tagesübersicht.

Posen, 4. Februar.

Die heut beginnende dritte Lesung des von der Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwurfes wegen Abänderung der Artikel 15 und 18 der Verfassung kann ein besonderes Interesse nicht mehr beanspruchen, da ihr Ergebniß feststeht und die Debatte erschöpft ist. Die Ultramontanen haben wegen diesen ersten, die Kirchengesetze vorbereitenden Schritt eine sehr ereiferte und heftige Opposition erhoben; bei einer objektiven Beurtheilung ergiebt sich indessen sofort, daß dieser Eifer mehr künstlich genährt als in der Natur der Sache begründet war; er konnte höchstens gerechtfertigt werden mit der Besorgniß, daß auf Grund des jetzigen Verfassungsgesetzes unliebsame kirchliche Gesetze gegeben werden möchten. Was bis jetzt geschehen ist, ist Nichts weiter, als eine Klarstellung des Sinnes der Verfassung. Dieser Satz kann nicht oft genug wiederholt werden, obwohl er in den Debatten schon lebhaft hervorgehoben wurde; die Gegner der Kirchengesetze bemühen sich ihn zu verdunkeln und haben es überall so dargestellt, als ob der wahre Inhalt der Verfassung weggestrichen und jetzt erst ein Aufsichtsrecht des Staates etablirt würde; gänzlich verschwiegen dabei aber wird, daß die Zusammenfassung des Aufsichtsrechtes beim Staate gar keinen Sinn hätte, wenn nicht eben die Garantie der Unabhängigkeit der Kirche in ihren eigenen Angelegenheiten vorherginge. Der frühere Inhalt der Verfassung ist ja keineswegs aus derselben hinweggeschafft worden; vielmehr wird auch jedes zukünftige Gesetz daran festhalten müssen, daß, dem Inhalte der Verfassung nach die kirchlichen Angelegenheiten den Organen der Kirche überlassen bleiben; ausgeschlossen ist nur der Einwand, daß der Staat überhaupt über kirchliche Angelegenheiten nicht Gesetze geben könne. Wer daran sich erinnert, wie lange darum hat gekämpft werden müssen, ehe in Betreff der Synoden auch nur eine Vorlage an den Landtag gemacht worden ist, wird leicht beurtheilen, zu welchen schiefen Anschauungen die bisherige mißbräuliche Praxis der Regierung geführt; nach wie vor aber wird jedes Gesetz sich nach der unveränderten Vorschrift der Verfassung richten müssen, daß die Unabhängigkeit der Kirche, soweit es sich um ihre eigenen Angelegenheiten handelt, nicht beeinträchtigt werden könne.

Die nachfolgenden kirchlichen Gesetze kommen deshalb nicht zur Unzeit, sondern eher sehr gelegen, weil sich leicht erproben wird, wie weit die Gesetzgebung des Staates reichen dürfe, ohne die Vorschrift der Verfassung über die Unabhängigkeit der Kirche in ihren eigenen Angelegenheiten zu verletzen. Die Kommission hat, wie wir erwartet haben, Alles zu entfernen gesucht, was wie ein Eingriff des Staates in die kirchlichen Angelegenheiten aussah. Das in den Worten der Vorlage nicht begrenzte Einspruchsrecht der Regierung konnte leicht bis zu dem Maße ausgedehnt werden, daß es im Inhalte dem Bestätigungsrecht sehr nahe kam; nach der Fassung aber, welche die Kommission diesem wichtigsten Theil des Gesetzes über die Ausbildung u. Anstellung der Geistlichen gegeben hat, tritt der wahre Sinn des Einspruchsrechts als eines Aktes der Beaufsichtung hervor. Die Thatsachen sind genau angegeben, unter denen ein Einspruchsrecht des Staates geltend gemacht werden kann, und Niemand kann leugnen, daß alle diese Thatsachen ausschließlich von dem weltlichem Gebiete entnommen sind. Ein möglicher Mißbrauch, der darin bestände, unter dem Vornamen eines weltlichen Grundes eine lediglich innere Angelegenheit der Kirche zum wahren Grunde des Einspruches zu machen, ist dadurch abgeschnitten, daß die Prüfung der Thatsachen einem unabhängigen Gerichtshofe anvertraut ist, denjenigen Katholiken, welche nicht in den vollkönnenden Worten eines Kampfes schwelgen, sondern die vielleicht nur über das richtige Maßhalten besorgt sein möchten, wird an diesem einen Beispiel schon die Beruhigung gegeben sein, daß die Grenzen genau inne gehalten werden sollen, in denen das Aufsichtsrecht des Staates auszuüben ist. Wir zweifeln nicht daran, schreibt beruhigend die nationalliberale Korrespondenz, daß in dem gleichen Geiste auch die Disziplinar- wie überhaupt alle übrigen kirchlichen Gesetze behandelt werden. Die Spezialdiskussion dieser Gesetze wird ergeben, daß zu einer gerechtfertigten Besorgniß, als solle nur die Macht des Staates über die Kirche willkürlich ausgedehnt werden, ein Grund nicht vorhanden ist.

Es scheint uns eine bemerkenswerthe Thatsache, daß neuerdings die Jesuitenfreunde über Rußland herfallen, nachdem sie geraume Zeit mit verhaltenem Groll die Schritte beobachtet gehabt, welche die Regierung des Kaisers Alexander vornahm, um zu einem gütlichen Ausgleich mit dem Vatikan zu gelangen. Bei gemäßigten Klerikalen hatte die Versöhnlichkeit der Gesinnungen Rußlands Anklang gefunden. Die „Genfer Korrespondenz", der jesuitische Moniteur (das Organ eines Herzensbündnisses, das doch wohl nicht auf ewige Treue hinauskommt), feiert es nun mit einem wahren Triumph, daß die russischen Verhandlungen mit Rom gescheitert seien. Angesichts der Auslassungen des offiziösen „Journal de St. Petersburg" über die Weinachtsallokution können die Papisten ihren Haß gegen Rußland nicht mehr unterdrücken und sie halten der russischen Regierung, die sich zum „Speichellecker und Sklaven des Kolosses mit thönernen Füßen an den Ufern der Spree erniedrigt", ein langes Sündenregister vor. Wir erfahren daraus, daß der heiliger Vater über Rußland nur deshalb geschwiegen, weil die Kurie dadurch Zugeständnisse zu erlangen hoffte. Dann heißt es wörtlich:

Nun wußten Preußen und Italien von nichts Anderem zu reden, als von den durch Herrn Kappnist in Rom angebahnten Unterhandlungen und sie versuchten dieselben in ihren Interesse auszubeuten. Außerordentliche Abgesandte, sagten sie, seien über Berlin nach Rom gereist, um eine Verständigung mit dem heil. Stuhl herbeizuführen. Die Sache machte großes Aufsehen, die Diplomatie beunruhigte sich, erkannte aber gar bald, daß all diese vom deutschen Reiche (!) in Umlauf gesetzten Gerüchte nur politische Manöver seien. Dieser Zwischenfall steht noch in aller Gedächtniß und wie könnte man ihn vergessen haben, wenn man in den Schaufenstern der ewigen Stadt jene abscheuliche Karritur gesehen hat, den nordischen Bären darstellend, der ein Stückchen weltlicher Macht dem Kardinal Antonelli präsentirt und dafür aus seinen Händen mit Polen gefüttert wird.

Worauf beschränkten sich thatsächlich die Negotiationen? Auf einen Versuch des petersburger Kabinets, die Anerkennung seines Synods von Seite des heiligen Stuhls zu erlangen. Der Unterhändler des Czaren stellte den Antrag, in dem genannten Synod einige unwesentliche Modifikationen einzuführen, vorausgesetzt, daß Rom ihn approbire und gleichzeitig intriguirte er für die Einführung der russischen Sprache in der Liturgie. Als Beweis ihrer guten Dispositionen wollte die russische Regierung mehrere Bischofssitze in Rußland wie in Polen mit Oberhirten versorgen. Diese Bischofsernennungen waren das einzige Resultat der Verhandlungen.

Darf man, fragen wir, sich wundern, daß unter solchen Umständen der heilige Stuhl geglaubt hat, sich gedulden, Nachsicht (!) üben zu müssen? Hätte der Papst, so lange die Negotiationen noch in der Schwebe waren, das Vorgehen Rußlands offen gebrandmarkt, würde man ihm dann nicht vorgeworfen haben, er verderbe Alles durch seine Ungeduld? Mußte man nicht fürchten, daß das überall mit Freude begrüßte päpstliche Wort in Polen eine, Rußland nicht erwünschte, Aufregung hervorrufen würde? Hätte die Kirche in Polen nicht dafür büßen müssen? War es nicht besser, wenigstens die kirchliche Hierarchie zu retten und dadurch den unbegrenzten Wirkungskreis des petersburger Synods ein wirksames Gegengewicht zu geben? Solche Erwägungen rechtfertigen nur zu sehr die Langmuth (!) des heiligen Stuhles; einstweilen schweigen, war das Beste, was er thun konnte. Die Regierung des Czaren aber erkannte darin keinen Grund, sich dankbar zu zeigen; sie ließ nicht ab von ihren Verfolgungen; kein Bischof durfte in seine Diözese zurückkehren und der neue Erzbischof von Mohilew ward zum Präsidenten des mit den päpstlichen Zensuren belegten petersburger Synods ernannt.

Das Jesuitenorgan schließt seine sehr umfangreiche Anklageschrift mit folgender sehr verständlicher Drohung:

„Das Petersburger Blatt würde gut thun, zur Einsicht zu gelangen, und wo möglich seine Brotherren zu überzeugen, daß seine Homilien nur Mitleid erregen und daß die Katholiken, nicht gewohnt, von seiner Weisheit zu schöpfen, nicht zweifelhaft sein werden, wie sich entscheiden an jenem Tage, wo die Regierung ihnen nur die Wahl lassen werden, zwischen der Achtung Cäsars oder der Achtung Gottes und seines sichtbaren Stellvertreters hienieden."

So versteht man in Rom das Wort: „Dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist", so viel hält man dort von der Obrigkeit, „die von Gott ist."

Der Beust-Gramont-Streit enthüllt mehr und mehr seine schmutzige Seite. Das „österreichische Journal", die „Tagespresse", die „Wehrzeitung" erhielten ganz bedeutende Subventionen von der französischen Regierung und vertheidigten dafür „das gute Recht" Frankreichs mit allem politischen Fanatismus, wie er den überzeugungslosen Apostaten eigen ist. Ja noch mehr. Durch eine verhängnißvolle Adressenverwechselung ist es offenkundig geworden, daß eines der größten und bedeutendsten wiener Blätter ganz nahe daran war, den dummen Streich zu machen, mit Sack und Pack ins französische Lager überzugehen, nachdem es bis dorthin mehr oder minder entschieden die deutsche Sache vertreten hatte. Nur der unerwartet schnell hereingebrochene Tag von Sedan und die dadurch im vollen Sinne „bewirkte Wendung durch Gottes Führung" bewahrte die Eigenthümer — von welchen der eine ein verzweifelter Börsenspieler dem finanziellen Bankerott nahe war — vor dem vollständigen moralischen Bankerott ihres publizistischen Geschäftes. Aber nicht nur wiener Blätter nahmen französisches Geld an, auch kleine Journale in Steiermark und Tirol wurden mit — Napoleons bedacht. Auch in der ungarischen Hauptstadt bewahrten durchaus nicht alle Blätter reine Hände. Der französische Generalkonsol Marquis de Castellane hielt die ordinärsten Schmutz-Witzblätter Pest-Ofens nicht für einflußlos genug, um sie nicht mit Subventionen zu bedenken. In kleineren ungarischen Städten suchte man ebenfalls Blätter zu gewinnen und selbst dem Redakteur eines durch gemeine Skandale seine Existenz fristendes Lokalorgan, wie das „Preßburger Tageblatt" erhielt vom Grafen Castellane 2000 Frcs. als Gratifikation für seine publizistischen Leistungen! Alle diese traurigen Thatsachen bringt jetzt die „D. Reichs-K." ans Tageslicht.

Im Vatikan fürchtete man, der österreichische Gesandte werde noch lange auf sich warten lassen. Allein obgleich die kaiserliche Regierung aufgehört hat, der Schirmvogtei der katholischen Kirche wie früher zu warten, so hat doch Graf Andrassy gewisse Traditionen nicht aufgeben wollen, ob in spezifisch österreichisch-ungarischem Interesse oder durch die Pression von Frankreich her bestimmt, ist für die Thatsache gleichgiltig, wiewohl man hier glaubt, daß nur die Mission de Corcelle's die Ernennung des Herrn v. Hübner beschleunigte. Nun ist aber doch die Freude im Vatikan darüber nicht vollkommen, denn die Kurie ist daran gewohnt, Se. apostolische Majestät durch einen Botschafter und nicht, wie Herr v. Hübner es ist, durch einen Diplomaten zweiten Ranges bei Sr. Heiligkeit dem Papste vertreten zu sehen. Doch wie immer, man freut sich, daß nach der Abberufung des preußischen Geschäftsträgers Stumm der bairische Gesandte und bevollmächtigte Minister Graf von Tauffkirchen nicht mehr der alleinige beim Vatikan beglaubigte Diplomat deutscher Zunge ist. Herr v. Hübner wird zunächst nur anstatt des kranken Barons von Kübeck fungiren. — Die italienische Regierung beobachtet Frankreich gegenüber eine vorsichtige Haltung und ist keineswegs geneigt, den Handelsvertrags so leichten Kaufs zn erneuern wie England und Belgien. Dessen Umstande wird es wohl zuzuschreiben sein, daß Herr von Fournier, der französische Gesandte bei der italienischen Regierung sich entgegenkommender, denn je gerirt, während Herr von Corcelles, der französische Geschäftsträger bei der Kurie eine gewisse Schroffheit an den Tag legt. Herr von Corcelles soll nämlich dem Papst erklärt haben, als alter persönlicher Freund des h. Vater und als treuer Diener der Religion und des h. Stuhles glaube er sich berechtigt, das zu sagen, was seine Vorgänger die Grafen Harcourt und Bourgoing nicht auszusprechen gewagt hätten. Der Wahrheit und Gewissenhaftigkeit entsprechend müsse er sagen, nach menschlichem Ermessen, — ohne den Beschlüssen Gottes vorgreifen zu wollen, gebe es keine Hoffnung auf Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes, weder mit Hilfe Frankreichs noch mit der irgend einer anderen Macht. Der Papst soll diese Erklärung schweigend hingenommen haben. Die ihn umgebenden geistlichen Würdenträger und Jesuiten werden ihm allerdings dergleichen noch nie zu hören gegeben haben!

Für das auf dieser Seite Folgende
übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Bekanntmachung.

Königliche Ostbahn.

Der Gang des gemischten Zuges IV des Nebencourses **Cüstrin-Frankfurt a. O.** ist vom 15. Februar 1873 ab folgender:

Station.		Abfahrt: Uhr.	Abfahrt: Min.
Cüstrin	Nachmittags	4	30
Podelzig		4	51
Lebus		5	5
Frankfurt a. O.	Ankunft	5	25

Bromberg, den 28. Januar 1873.

Kgl. Direktion der Ostbahn.

meint, jenes Feldgeschrei habe es dahin gebracht, daß auf der tontener Volksversammlung von den Herrchen „gesprochen" worden sei, und daß man Lasker als Vermittler gewählt. Sie macht damit ähnliche Vorgänge sich nicht ereignen, den Vorschlag, „man möge bei der gegenwärtigen gereizten Stimmung keine öffentlichen Versammlungen abhalten, sich beschränken auf die Sitzungen der bestehenden Vereine, vor Allem aber aus dem Hause und der Familie eine feste Burg der Ueberzeugungen, und eine Pflanzstätte der Wahrheit machen."

— **Die Vertrauensadressen** der katholischen Geistlichen an den Erzbischof Grafen Ledochowski reißen noch immer nicht ab, und jedes Dekanat sucht es dem andern an Versicherungen seiner Treue zuvorzuthun. Der ultramontane „Kuryer Pozn." nimmt von allen diesen Kundgebungen sorgfältig Notiz, und giebt den Wortlaut jeder Adresse mit den Namensunterschriften wieder. Da die beiden Archidiözesen Posen und Gnesen zusammen 39 Dekanate enthalten, so wird das ultramontane Blatt wohl noch einige Wochen lang zu thun haben, um mit den Adressen aufzuräumen.

— **Der „Dziennik Pozn."** schlägt vor, den neuen Auslieferungsvertrag zwischen Preußen und Rußland zum Gegenstande einer Interpellation zu machen und empfiehlt den polnischen Abgeordneten, die hauptsächlich bei dieser Angelegenheit interessirt wären, bei der Interpellation den Antrag Rönnes (Solingen) vom Jahre 1863 zu Grunde zu legen.

— **Zur Kopernikusfeier** in Thorn werden auch die poln. Studirenden in Breslau zwei Deputirte senden. Von den Universitäten in Padua, Rom und Bologna wird als Deputirter Vinzent Arnese erscheinen. Die polnischen Emigranten in England veranstalten gleichfalls eine Kopernikusfeier — Bei der polnischen Feier in Thorn am 19. d. M. wird Vormittags Gottesdienst in der dortigen Johanneskirche abgehalten; Nachmittags feierlicher Akt mit Deklamation und wissenschaftlicher Vorlesung im Saale des Gasthofes zu den drei Kronen; Abends 5 Uhr Diner in demselben Saale und später dann Illumination. Die Betheiligung an der letzteren wird das einzig Gemeinsame der polnischen Feier mit der allgemeinen, nicht nationalen Feier sein.

— **Eine polnische Schauspielerin**, welche vor einigen Tagen in Gesellschaft einiger polnischer Edelleute in der ersten Klasse der Eisenbahn von Berlin nach Posen gereist war, machte später die Anzeige, daß sie ein Portemonnaie mit Schnepper-Schloß verloren habe. Dasselbe wurde im nämlichen Coupee, in welchem die Dame von Kreuz nach Posen gefahren war, sammt dem Inhalte von ca. 450 Thaler in Goldstücken von dem Wagenrevisor gefunden und an die rechtliche Besitzerin abgeliefert.

— **Das zehnte Posener Provinzial-Sängerfest** wird in den ersten Tagen des M. Juli d. J. stattfinden und durch drei Konzerte an drei auf einander folgenden Tagen begangen werden. Mit den Eisenbahn-Gesellschaften sind Verbindungen zur Ermöglichung eines ermäßigten Fahrpreises angeknüpft worden, und werden die Sängerbrüder von außerhalb hier gastliche Aufnahme finden. Durch das Gesetz vom 11. Juni 1870 (Verbot des Nachdrucks) ist die Anschaffung der Musikalien viel kostspieliger geworden; doch ist es durch Vereinbarung mit einzelnen Verlagsfirmen möglich geworden, einzelne der Musikalien billiger herstellen zu können. An dem ersten Tage (des Kirchenkonzerts) kommen 9, am zweiten Tage (des Konzerts im Theater) 5, und am dritten Tage (des Konzerts im Freien) 10 Piecen zur Aufführung.

— **Im Handwerkerverein** hielt am Montage Hr. Redakteur Stein einen Vortrag über den Nutzen des Besuchs von Weltausstellungen unter Hinweis auf die wiener Ausstellung. Der Vortragende machte sodann Mittheilungen über das von den Professoren Gneist und Holzendorff in Berlin ins Leben gerufene Komite zur Sammlung von Beiträgen für junge Handwerker und Gewerbetreibende, welche die wiener Weltausstellung besuchen wollen. Ein ähnliches Komite ist in Breslau gebildet worden, und würde es sich empfehlen, auch hier mit der Bildung eines solchen Komites vorzugehen, um einem oder mehreren jungen Handwerkern den Besuch jener Ausstellung zu ermöglichen. Der Vortragende schloß mit der erfreulichen Mittheilung, daß er von einem pos. Bürger, welcher sich für diesen gemeinnützigen Plan interessire dem Vereine 10 Thlr. zu überreichen habe. Der Vorsitzende Dr. Wasner knüpft hieran die Mittheilung, daß der Vorstand bereits beschlossen habe, an die Versammlung den Antrag zu stellen, eine Summe von 30 Thlr. aus der Vereinskasse zu diesem Zwecke zu bewilligen und außerdem sich an den Gemeinsinn der posener Bürgerschaft zu wenden, um eine Summe aufzubringen, wodurch einem oder mehreren geeigneten Mitgliedern des Vereins der Besuch der wiener Ausstellung ermöglicht werden könnte. In der nächsten Generalversammlung soll auch über diesen Punkt berathen werden. Herrn Redakteur Stein und dem unbekannten Geber wird der Dank der Versammlung ausgesprochen.

— **Bei einer Razzia**, welche vor einigen Tagen auf den Straßen der Stadt spät Abends abgehalten wurde, flüchtete ein junges Mädchen in ein Haus auf der Friedrichsstraße, dessen Hausthür gerade noch offen stand, und da der verfolgende Schutzmann ihr in das Haus nachfolgte, so flüchtete sie in die oberen Stockwerke, überall prüfend, ob nicht irgendwo eine Thür offen sei. Endlich im obersten Stockwerke huschte sie in eine Kammer, in der noch gerade Licht brannte, und kroch ohne Weiteres in ein Bett hinein. Zufällig lag aber in demselben schon Jemand, und zwar noch ein Schuhmachergeselle, der bei Licht Bollandens „Kelle und Kreuz" las und über den unerwarteten Besuch ganz außer Fassung gerieth. Bald darauf erschien aber auch der verfolgende Schutzmann, und befreite den frommen Klausner von dem kecken Eindringling.

— **Auf einem Kirchhofe** wurde am Sonnabend die Leiche eines dem Anscheine nach an einer Krankheit verstorbenen Kindes in einem Sarge ausgesetzt gefunden.

— **Feuer.** In der Nacht vom Donnerstage zum Freitage wurden die Bewohner des oberen Stockwerkes im Hause Wallischei 74 durch Flammen, welche aus den Dielen des Fußbodens hervorbrachen, aus dem Schlafe geweckt. Das Feuer war dadurch entstanden, daß sich unter der Wohnung im Erdgeschoß, nur einen Fuß von der oberen Balkenlage entfernt, ein Backofen befand, welcher die, nur mit Lehm beworfene hölzerne Decke so weit erhitzt hatte, daß sie in Brand gerieth. Das Feuer wurde durch Soldaten, welche in jenem oberen Stockwerke wohnten, bald gelöscht. — Am Freitage Nachmittags entstand auf dem Wilhelms-Platze dadurch Feuerlärm, daß der Back-Schornstein eines Konditors von Schornsteinfegern ausgebrannt wurde.

— **Ein Feuer** kam Sonntag Abends in einem Hause auf der Ziegenstraße zum Ausbruch, indem ein Balken in Folge mangelhafter Feuerungsanlage in Brand gerathen war. Doch wurde das Feuer bald gelöscht.

— **Unfälle.** Ueberfahren wurde auf der Hinterwallischei ein Arbeiter, ohne jedoch erheblichen Schaden davonzutragen. Ueberritten wurde auf Ostrowek eine Landfrau, welche in Folge der davongetragenen Verletzungen mittelst einer Droschke in die nahe belegene Wohnung befördert werden mußte.

— **Diebstähle.** Am Sonnabend wurde einem Arbeiter in der Berlinerstraße ein Portemonnaie mit 7 Thlr. gestohlen. — Verhaftet wurde ein Landmann, welcher im Besitz einer Partie Parchent befunden wurde, über deren rechtlichen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte.

— **Verein der Rawiczer in Berlin.** Nachdem vor einem Jahre sich in Berlin ein Verein der Rawiczer konstituirt hatte, dessen Zweck dahin gerichtet ist, Landsleute ohne Unterschied der Konfession, die in Kalamitäten sich befinden, nach besten Kräften zu unterstützen, fand am 30. Jan. die erste Generalversammlung statt. Nachdem der Vorsitzende ein Bild der geschäftlichen Thätigkeit und die Bedeutung des Zweckes entwickelt, erstattete der Rendant, Herr Banquier Siegfried Brann, dem die Verwaltung der Vereinskasse übertragen wurde, Bericht über das Vereinsmögen und über die Verwendung der Gelder nach den Bestimmungen des Vorstandes. Es stellt sich das Resultat heraus, daß der Verein bereits einen Fond von 1200 Thlr. besitzt und daß während des Jahres die Hilfe desselben nur in Höhe von 138 Thlr. in Anspruch genommen worden ist. Es wurde hierauf zur neuen Vorstandswahl für 1873 geschritten. Das Stiftungsfest findet im März d. J. statt.

— **Aus Kosten** schreibt uns Herr Dr. Bojanowski, daß die in Nr. 50 in unserer Korrespondenz über die Generalversammlung des Vorschuß- und Erwerbvereins enthaltenen Angaben durchaus falsch sind, besonders versichert uns der Herr Briefschreiber, daß er die ihm in den Mund gelegten Worte nie gedacht, viel weniger geäußert habe. Wir erwarten hierzu Aufklärungen von dem Herrn Korrespondenten, der uns jene Mittheilungen machte.

— **In Bromberg** wurde am Freitage auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in der Sniegockischen Buchhandlung eine polizeiliche Revision nach den Büchern des dortigen polnischen Gewerbevereins abgehalten und wurden diese Bücher auch mit Beschlag belegt. Wie der „Kuryer Poz." mittheilt, hat die Veranlassung dazu der Umstand gegeben, daß die Petition an den Erzbischof, in welcher dieser gebeten wird, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der katholische Religionsunterricht an den höheren Unterrichtsanstalten der Provinz auch ferner in polnischer Sprache abgehalten werde, auch im bromberger polnischen Gewerbeverein vorgelesen und unterzeichnet worden ist. Es ist allerdings schwer einzusehen, was für ein Interesse ein Gewerbeverein darin haben soll, ob der Religionsunterricht an den Gymnasien in polnischer oder deutscher Sprache ertheilt wird.

— **Auswanderung.** 1172 Personen, welche die preußischen Staaten verlassen haben, um sich der Militärpflicht zu entziehen, sind von den Königl. Kreisgerichten zu Inowraclaw, Pleschen, Rogasen und Schroda zu 50 Thlr. Geldstrafe, event. zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt, 152 Personen sind aus demselben Grunde bei dem königl. Kreisgerichte zu Schubin angeklagt worden.

—y— **Lissa**, 31. Januar. (Turnverein. Ullmans-Konzert. Schulangelenheiten. Schiedsmannssachen. Theater.) Der hiesige Turnverein begeht am 8. Februar d. J. sein Stiftungsfest. Der Turnverein in Rawitsch hielt seine ordentliche Generalversammlung am 21. d. M. ab. Er zählt 121 Mitglieder, hatte eine Jahreseinnahme von 240 Thlr. und eine Ausgabe von 229 Thlr. Die Wahl des Vorstandes fiel auf die Herren Gundrum, Baum, Diementiebel, Hendewerk, Hanisch, J. Cohn, Mazur, Dr. W. Beynes, Foerster und Bulst. Die Billets zu dem am 7. d. M. in der Aula des Gymnasiums stattfindenden Ullmann-Konzert sind zum großen Theile bereits vergriffen. Das gestern von dem tüchtigen Kapellmeister H. Walther gegebene Symphonie-Konzert war leider nicht zahlreich besucht, obwohl die Leistungen sehr beifalls würdig waren, offenbar war der Besuch durch das Ullmann-Konzert beeinträchtigt. — Herr Regierungs-Schulrath Polte weilt seit acht Tagen in unserer Stadt, und hat sowohl das Kgl. Gymnasium, als auch die städtischen und Privat-Schulen einer eingehenden Revision unterzogen. Der Vorgang mit unserer Simultan-Schule scheint auch auf unsern Nachbarstand Rawitsch rückwirken zu sollen. Auch dort soll das städtische Volksschulwesen dem Geiste der Zeit entsprechend reorganisirt werden, und wird die so wichtige Frage die Stadtverordneten beschäftigen. Herr Realschul-Direktor Dr. Steinbart wird über die Schulverhältnisse von Rawitsch am nächsten Montag im Handwerkerverein sprechen, um so die öffentliche Meinung auf die Reform vorzubereiten. Wir vernehmen übrigens, daß auch dort das Projekt einer Simultanschule die meisten Chancen für sich hat. — Im Jahre 1872 sind vor den 4 Schiedsmännern in Rawitsch 369 Sachen inclusive 215 Injuriensachen zur Verhandlung gekommen, von denen allein der Schiedsmann Herr Wuttke 348 zu erledigen hatte. — Der Theaterdirektor Gehrmann wird in nächster Zeit in Rawitsch im Schützenhause eine Reihe von Vorstellungen geben und demnächst auch nach Lissa kommen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch den Mangel eines passenden Theaters und Konzertsaales in der Mitte unserer Stadt hervorheben. Das Bedürfniß ist schon längst recht fühlbar geworden und wird ihm dadurch abgeholfen werden, daß der Hotelbesitzer Kronheim im nächsten Jahr den Saalbau vornehmen wird.

§ **Rawicz**, 1. Februar. [Der letzte Kreistag] hat unter anderen über die Verwendung der Gelder, welche dem Kreise durch das Reichsgesetz vom 4. Septbr. 1871 gewährt werden, Beschluß gefaßt. Von der Ansicht ausgehend, daß diese Gelder nicht, wie der Minister will, als Dotations-Kapital, sondern als außerordentliche Einnahme zum Kreis-Kommunalfonds angesehen sind, bestimmte der Kreistag dieselben zum Theil zur Deckung der Provinzialbeiträge pro 1873. Es wurden ferner die Lehrer-Wittwenkassen-Beiträge auf die Kreis-Kommunalkasse übernommen, um die mühsame Spezial-Repartition zu vermeiden, und 100 Thlr. als jährliche Beihilfe für die Bezirks-Hebammen bewilligt. Die monatliche Remuneration für die Distriktsboten soll von 12 auf 15 Thlr. erhöht werden. Das Gemeindestatut für Szkaradowo ist auf Veranlassung des Ministers umgearbeitet worden und soll dem Kreistage vorgelegt werden. Schließlich wurden der Kreisetat pro 1873—75 festgesetzt — 15,000 Thlr. ohne die Beiträge für Provinzial-Institute und Provinzial-Kommissionen — und die Wahlen zu mehreren Kreis-Kommissionen vollzogen.

Staats- und Volkswirthschaft.

Bukarest, 23. Januar. Die Eisenbahn-Arbeiten für die Strecken von Pitesti nach Vinciorova, somit sämmtliche noch verbliebenen Arbeiten der im Bau begriffenen Linien der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft, wurden vorgestern im Offertwege vergeben und zwar für circa 42 Millionen Francs, also einem für die Gesellschaft so vortheilhaften Preise, daß mit der Summe der emittirten 76 Millionen Franken Stamm-Prioritäten sämmtliche Arbeiten vollendet und die für die dreijährige Bauzeit nothwendigen Interkalar-Zinsen gedeckt werden können. Es wird diese Nachricht den Besitzern von konvertirten rumänischen Eisenbahn-Obligationen sehr erwünscht sein, denn daraus erwächst denselben die absolute Gewißheit, ihre 5 pCt. Zinsen bestimmt zu erhalten, da an der Zahlung der vom rumänischen Staate garantirten Summen nunmehr nicht der geringste Zweifel herrschen kann, nachdem dieselben bereits in das regelmäßige Budget für das Jahr 1873 aufgenommen wurden. (Bresl. H. Bl.)

Washington, 2. Februar. Der Schatzkanzler Boutwell hat den Verkauf von 6 Millionen Gold und den Ankauf von 4 Millionen Bonds angeordnet. — Die öffentliche Schuld hat im verflossenen Monat Januar um 406,243 Dollars zugenommen.

** **Die Hopfen-Produktion Europa's.** Welch' eine bedeutende Rolle der Hopfen im internationalen Handel spielt, läßt sich am besten aus dem Verlaufe des diesjährigen Geschäftes ersehen. Noch so gering gegriffen, hat Europa heuer 1,200,000 Zentner Hopfen produzirt, davon sind mindestens $^{8}/_{10}$ in die Hände der Konsumenten übergegangen, ohne daß der Bedarf dadurch vollständig gedeckt ist. Rechnet man den Zentner Hopfen nur zu dem billigen Durchschnittspreise von 60 fl., so repräsentirt dies einen Werth von 72 Millionen Gulden. Dabei ist die Bier-Erzeugung namentlich in Norddeutschland und Nordamerika in riesiger Progression begriffen.

Vermischtes.

* **Berlin**, 2. Februar. Die „Trib." erzählt folgende unglaublich aber nach ihre Versicherung wahre Geschichte: In dem maison de santé des Dr. Levinstein zu Neu-Schöneberg stand die unverehelichte Nöldechen im Dienst, die vor etwa acht Tagen so heftig erkrankte, daß ihre Ueberführung zur Charite für nöthig erachtet wurde. Dr. Levinstein beauftragte mit der Beförderung der Kranken eine Wärterin, der er 20 Thaler mit dem Auftrage mitgab, diese Summe als Kostenbetrag für einen Monat an die Charitekasse abzuliefern. Eine Droschke setzte sich mit der Patientin und ihrer Begleiterin in Bewegung und langte, da sie bei der schweren Krankheit der ersteren nur langsam fahren konnte, nach mehrstündiger Fahrt vor dem Charite-Gebäude an. Die Wärterin meldete sich und erbat die Aufnahme der Kranken, indem sie zugleich die 20 Thaler als Kostenbetrag für einen Monat anbot. Zu ihrem Erstaunen mußte sie jedoch hören, daß seitens der Beamten eine Einzahlung auf zwei Monate verlangt und diese auf 35 Thlr. berechnet wurde. Die Wärterin erklärte eine so hohe Summe nicht bei sich zu haben und hat die Kranke nur einstweilen aufzunehmen, da Dr. Levinstein sofort 15 Thaler nachzahlen würde. Die Bitte wurde abgeschlagen, man berief sich auf ein Reglement, welches die Einzahlung auf zwei Monate verlangte und verweigerte die Aufnahme der Patientin. Vergebens flehte nun die Wärterin, man möge die Kranke doch so lange annehmen, bis sie mit dem Gelde von Dr. Levinstein zurückgekehrt sei; man werde doch nicht verlangen, daß eine Schwerkranke noch ein Mal in der Januarkälte den weiten Weg machen solle. Alle Vorstellungen, alle Bitten waren umsonst und mit schwerem Herzen kehrte die Wärterin zu der außenhaltenden Droschke zurück, um mit der vom Fieberfrost geschüttelten Patientin den Rückweg zum Dr. Levinstein anzutreten. Dieser übergab ihr sofort die fehlenden 15 Thaler und abermals setzte sich die Droschke in Bewegung, um die Patientin und die Wärterin nach der Charite zu führen. Als die Beamten sahen, daß es mit dem Mammon seine Richtigkeit habe, erklärten sie, daß nun die Patientin zur Kur aufgenommen werden könne, und Wärter wurden beordert, sie aus dem Wagen zu heben. Dies geschah auch; aber der Körper, den man aus der Droschke hob, war kalt und starr; die Patientin bedurfte keiner Kur mehr, sie hatte aufgehört zu athmen. Die dreimalige lange Fahrt hatte die schwachen Kräfte der Schwerkranken vollends erschöpft; es war eine Leiche, die man der Charite überlieferte. Uebrigens hat sich der Staatsanwalt der Sache bemächtigt und die Untersuchung wegen fahrlässiger Töotung ist gegen die betreffenden Beamten eröffnet.

Breslau, 2. Februar. [Brand der Lippmann'schen Oelfabrik. Theater-Konzert der Ullman'schen Künstlergesellschaft. Adresse an den Grafen Schaffgotsch. Rede des Professors Dr. Reinkens.] Seit dem Brande des Stadttheaters haben wir kein umfangreicheres Hochfeuer zu registriren gehabt, als den heute Nacht stattgefundenen Brand der Lippmann'schen Oelfabrik. Das hart an der Freiburger Bahn ziemlich isolirt gelegene Gebäude hat bei einigen zwanzig Fenstern Front eine Höhe von drei Stock und bot in seinem Innern dem entfesselten Elemente den reichsten Nahrungsstoff dar. Es war gegen 11 Uhr Abends, als an dem südlichen Giebel des durch eine Brandmauer in zwei Hälften geschiedenen Fabrikgebäudes die Lohe gen Himmel schlug und die nahe gelegenen Plätze und Straßen tageshell erleuchtete. Nach ganz kurzer Zeit stand das Gespärre beider Abtheilungen in vollen Flammen, doch hatte es den Anschein, als würde man den Heerd des Feuers auf den nach Süden zu gelegenen Theil der Fabrik beschränken können. Gegen 12 Uhr erhellte sich auch in dem nördlichen Theile Fenster nach Fenster und wenige Minuten später bildete der ganze Komplex eine einzige Feuersäule. — Der Anblick war ein furchtbar schöner, die umliegenden größeren Gebäude, wie Inquisitoriat, jüdischer Tempel, königliches Schloß und Theater wurden durch die Flammen auf das Prächtigste erleuchtet und aus dem Feuerheerd selbst stieg ein intensiv heller weißer Streif bis in den Zenith des Himmels, und wurde die so eigenthümliche Erscheinung, welche wir seiner Zeit auch bei dem Theaterbrande beobachtet haben, von vielen Personen für einen Kometen gehalten. Auf dem freien Platze hinter der ehemaligen Kürassier-Kaserne hatten sich Tausende von Zuschauern eingefunden, welche das imposante Schauspiel betrachteten, dessen Schönheit noch dadurch erhöht wurde, daß der gefallene Schnee durch den Widerschein der Flammen überall in rosenrother Färbung erglänzte. Da vollkommene Windstille herrschte und die Fabrik, wie bereits erwähnt, isolirt steht, blieb das Feuer auf seinen Heerd beschränkt und konnte gegen 2 Uhr Nachts als gedämpft betrachtet werden. — Im Stadttheater fand bei aufgehobenem Abonnement gestern die erste musikalische Soiree der Ullman'schen Künstlergesellschaft statt. Die Leistungen derselben sind zu bekannt, um sie hier noch des Näheren zu besprechen. Frl. Marie Monbelli erndtete in der Schlußarie aus der Oper „Die Nachtwandlerin" rauschenden Beifall, und Frl. Anna Regan mußte außer den auf dem Programm stehenden Liedern noch zwei Einlagen singen, da das Bravo und da capo-Rufen kein Ende nehmen wollte. — Herr Camillo Sivori entzückte durch seinen Violin-Vortrag und brachte als Zugabe den Kapellmeister von Venedig in einer Weise zur Geltung, die das gut besetzte Haus in die heiterste Laune versetzte. Daß die Gesellschaft diesmal statt wie früher im Liebich'schen Saale im Theater auftritt, hat das Gute, daß dadurch auch dem weniger bemittelten Publikum Gelegenheit geboten wird, sich diesen seltenen Kunstgenuß zu verschaffen, denn wenn auch der Preis für Logen 2c. auf 3 Thlr erhöht ist, so kostet doch der dritte Rang nur 20 Sgr., Parterre 15 Sgr. und die Gallericen 10 und 6 Sgr. und haben wir gesehen, daß gerade diese Plätze fast ausverkauft waren. — Was unsere katholische Partei mitunter für merkwürdige Blasen aufwirft, wollen Sie daraus entnehmen, daß dieselbe kürzlich durch eine Deputation dem bekannten Grafen Hans Ulbrich v. Schaffgotsch auf Koppitz eine Adresse hat überreichen lassen, in welcher demselben dafür Anerkennung gezollt wird, daß er aus der deutschen Reichspartei in die Zentrumspartei übergetreten sei. Selbstverständlich hat die Adresse nur den Zweck, eine Art Demonstration gegen den Fürsten Bismarck in Szene zu setzen, da ohne die vielbesprochene Miarka'sche Angelegenheit es gewiß Niemand eingefallen wäre, dem Herrn Grafen, wie geschehen, Weihrauch zu streuen. Er hat der Deputation übrigens auch noch versichert, für die ihm als Kammerherr widerfahrene Beleidigung volle Genugthuung fordern zu wollen. — Unser hochgeachteter Mitbürger Professor Dr. Reinkens hat am Freitage in der Altkatholiken-Versammlung einen längeren Vortrag über die angebliche Verfolgung der katholischen Kirche im deutschen Reiche gehalten, welcher seiner Gediegenheit wegen großen Beifall gefunden hat.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Zur Aufklärung!

Die „Posener Zeitung" bringt in ihrer Nummer vom 30. Januar (Nachmittags-Ausgabe) einen Artikel d. d. Leipzig, 27. Januar, welcher sich mit den augenblicklich dort bestehenden Differenzen zwischen Buchdruckereibesitzern und ihren Gehilfen beschäftigt. Dieser Artikel bezeichnet die letzteren als solche, welche dem „sogenannten Buchdruckerverbande, d. h der Vereinigung, die für Lohnerhöhung agitirt", angehören. Um den Lesern dieser Zeitung nun Gelegenheit zu geben, sich selbst ein Urtheil über den Verband der Buchdrucker zu bilden, sei es gestattet, in Folgendem die Aufgaben dieser Vereinigung klarzulegen.

In Deutschland waren es von jeher die Buchdrucker, welche es als ihre Aufgabe ansahen, ihre Standesinteressen zu beleben. Dies beweisen ihre meist gut situirten Kassen. Was andere Gewerke erst jetzt oder seit Kurzem in Angriff genommen, ist bei ihnen längst vollendete Thatsache, und dienen ihre Unterstützungsanstalten Anderen vielfach als Vorbild.

Anfangs der 60r Jahre entstand der deutsche Buchdruckerverband. Die Aufgabe desselben ist, seine Mitglieder geistig und materiell zu heben und sie nicht zu Werkzeugen des Kapitals werden zu lassen. Er giebt ihnen Gelegenheit, sich an den bestehenden Kranken-, Invaliden- und Wittwenkassen zu betheiligen, und wo deren nicht vorhanden, solche zu gründen. An der Spitze des Verbandes steht ein Präsident, welcher von dem alle drei Jahre stattfindenden Buchdruckertage gewählt wird, sowie ein demselben als Beirath dienender Ausschuß.

Diesem Präsidium ist in jüngster Zeit von dem neuerdings ins Leben getretenen deutschen Buchdruckerverein (Vereinigung der Buchdruckereibesitzer) vielfach der Vorwurf gemacht worden, als provozire oder diktire dasselbe die Strikes. Dem ist nicht so. Im Gegentheil hat dasselbe schon verschiedene Versuche gemacht, mit erwähntem Prinzipalverein in Verbindung zu treten, um für beide Theile segensreiche Abmachungen zu Stande zu bringen, wurde aber von diesem stets ignorirt.

Die materielle Hebung der Mitglieder des Verbandes besteht darin: Wenn an einem Druckorte der Verdienst den Preisen der Lebensbedürfnisse nicht mehr entsprechend, so ersuchen die Mitglieder ihre Arbeitgeber um dessen Aufbesserung; wird dieselbe verweigert oder jede Verständigung kurz von der Hand gewiesen, dann treten sämmtliche Mitglieder für den betr. Ort ein. Daß dies von Seiten des Einzelnen keine allzu großen Opfer erheischt, ist daraus erklärlich, daß der Verband über 7000 Mitglieder zählt.

Daß der Buchdruckerverband gut organisirt ist, seine Statistik führt u. s. w., wurde schon mehrfach in öffentlichen Blättern besprochen. „Mehr wie ein menschenwürdiges Dasein beanspruchen seine Mitglieder nicht", und dies ist doch das Wenigste, worauf ein Arbeiter dieser Branche rechnen darf.

C. Naß,
Vorsitzender des Gutenbergvereins.

Braunschweigische Kohlen-Bergwerke.

In Verfolg der Veröffentlichung der Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischen Kammer, Direction der Bergwerke vom 27. August 1872, lautend:

„Durch herzogliches Staats-Ministerium sind wir beauftragt, die herrschaftlichen Braunkohlen-Bergwerke im Kreise **Helmstedt** zum meistbietenden Verkauf zu stellen. Dieselben bestehen aus den im Betriebe befindlichen, in der Nähe von Eisenbahnen belegenen Gruben:

Prinz Wilhelm bei Helmstedt,
Trendelbusch, zwischen Helmstedt und Schöningen,
Treue bei Schöningen,

mit 42, ein Areal von etwa 7100 Hektaren umfassenden Grubenfeldern. Die Mächtigkeit der in den drei Revieren in Abbau begriffenen Kohlenlager beträgt resp. 8, 12 und 18 Meter" etc,

sind die bezeichneten Bergwerke in dem auf den 15 October 1872 festgesetzt gewesenen Submissionstermine und in Folge der dieserhalb ferner stattgehabten Verhandlungen von einem Consortium käuflich erstanden.

Die ersten Erwerber haben eine Actien-Gesellschaft unter der Firma:

„Braunschweigische Kohlen-Bergwerke",

laut Statut vom 26. Januar 1873, auf welches hier besonders Bezug genommen wird, begründet und derselben die oben gedachten Braunkohlen-Bergwerke mit sämmtlichen Gebäuden, Maschinen, Inventarien und sonstigem Zubehör, überhaupt in der Gesammtheit wie dieselben laut Vertrag zu übergeben sind, und mit dem Betriebe vom 1. Januar 1873 ab, für den Preis von zwei Millionen Thalern nebst 5 pCt. Zinsen vom 1. Januar d. J. ab übereignet . . . . 2,000,000 Thlr.

Zur Vermehrung der Förderung etc. und für den Betrieb sind festgesetzt . . . . 200,000 „

2,200,000 Thlr.

Dagegen bleiben hypothekarisch stehen . . . . 600,000 „

so dass das Actien-Capital der „Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke" . . . . 1,600,000 „ beträgt.

Die Braunschweigischen Braunkohlen-Bergwerke im Kreise Helmstedt umfassen laut amtlicher Nachweisung 42 zusammenhängende Grubenfelder mit einem Areal von 71,161,464 Quadrat-Meter, gleich ca. 1⅓ Quadrat-Meilen und können demnach zu den grössten Gruben-Complexen Norddeutschlands gerechnet werden.

Die Kohlenförderung erfolgt jetzt auf den zu Anfang benannten drei Förderungspunkten.

Die Belegschaft besteht aus etwa 300 Mann, welche zum Theil in den miterworbenen, zweckmässig eingerichteten Wohnungen Obdach finden.

Die im Kaufe mitinbegriffenen Maschinen, Gebäude-, Beamten- und Arbeiter-Wohnungen der Gruben haben einen Versicherungs-Taxwerth von 128,740 Thlr.
der Versicherungswerth der Förder- und Wasserhaltungs-Maschinen beträgt . . . . 196,000 Thlr.

Summa 324,740 Thlr.

ohne die sonstigen bedeutenden Gruben-Inventarien.

Laut Bohrungstabelle der Herzoglichen Bergbau-Administration haben in sämmtlichen 42 Grubenfeldern umfassende Bohrungen die Bauwürdigkeit der qualitativ ganz vorzüglichen und theilweise sogar bis 95 Fuss Mächtigkeit anstehenden Kohle nachgewiesen.

Es ist somit ein Kohlenreichthum von absolut unschätzbarem Werthe vorhanden.

Im Jahre 1871 — pro 1872 liegt noch kein Abschluss vor — wurden 1,377,378 Tonnen, gleich 3,071,553 Hektoliter Kohle gefördert und es gelangten bei den damaligen Verkaufspreisen von 5 und 6 Sgr. per Tonne, als Ueberschuss ca. 73,000 Thaler an die Herzogliche Staatskasse zur Ablieferung.

Gegenwärtig sind nun die Preise der Kohle auf 4 und 4½ Sgr. per Hektoliter (also auf ca. 9 und 10 Sgr. per Tonne) erhöht worden.

Uebrigens dürften durch die öffentlichen Diskussionen in der Braunschweigischen Ständeversammlung, im Monat December 1872, und durch die Besprechungen in der Presse die Verhältnisse der Bergwerke nach jeder Richtung hinreichend bekannt sein.

Der bedeutende Aufschwung, den inzwischen die gesammte Industrie, namentlich auch in der Nähe der Gruben, erfahren hat, verbunden mit dem vorhandenen grossen Kohlenreichthum, tragen in gleichem Maasse die Bedingungen für eine sehr namhafte Erhöhung der Förderung und des Absatzes in sich.

Durch die kürzlich neueröffnete Braunschweig-Helmstedt-Magdeburger Eisenbahn, welche die Grubenfelder zum Theil durchschneidet und durch die Seitens der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft kostenfrei zu erbauenden und zu unterhaltenden Anschlussbahnen von zusammen einer halben Meile Länge, nach den von den Grubenbesitzern zu bestimmenden Schächten, werden die Absatzverhältnisse auch noch in hohem Grade begünstigt.

Unter nachstehenden Bedingungen werden die

Thlr. 1,600,000 Actien der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke

zur Subscription aufgelegt.

Berlin, den 30. Januar 1873.

Im Auftrage des Syndicats zur Realisirung dieser Actien.

Berliner Commerz- u. Wechsel-Bank.
An der Stechbahn 3. 4.

Preussische Credit-Anstalt.

Subscriptions - Bedingungen

der zur Zeichnung aufgelegten

Stück 8000, à 200 Thaler = 1,600,000 Thaler Actien

der

Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke

in vollgezahlten Interims-Scheinen.

I. Die Subscription findet statt **Dienstag, den 4. Februar d. J.**, während der üblichen Geschäftsstunden:

in **Berlin** bei der **Berliner Commerz- und Wechsel-Bank**, an der Stechbahn 3 und 4.
„ „ bei der **Preuss. Boden-Credit-Actien-Bank.**
„ **Braunschweig** bei Herren **Carl Uhl & Co.**
„ **Chemnitz** bei Herren **Haase & Sohn.**
„ **Coburg** bei der **Coburger Creditbank.**
„ **Cöln** bei der **Bank für Rheinland und Westfalen.**
„ **Dresden** bei Herrn **Philipp Elimeyer.**
„ **Erfurt** bei dem **Thüringer Bankverein.**
„ **Görlitz** bei der **Görlitzer Vereinsbank.**
„ **Hamburg** bei Herren **Eduard Frege & Co.**

in **Hannover** bei Herrn **D. Peretz.**
„ **Königsberg i. Pr.** bei der **Preuss. Credit-Anstalt**, Stephan & Schmidt.
„ **Magdeburg** bei Herren **Teetzmann, Roch & Ahlefeld.**
„ **Münster** bei Herren **J. Menke & Co.**, Commandit-Gesellschaft.
„ **Posen** bei der **Provinzial-Wechsler-u. Discontobank.**
„ **Rostock** bei der **Rostocker Vereinsbank.**
„ **Schwerin i. M.** bei Herrn **G. J. Schulz.**
„ **Wolfenbüttel** bei dem **Bankverein Hertzer, Hollmann & Co**

II. Die Actien resp. vollgezahlten Interimsscheine lauten über 200 Thaler = 600 Mark Deutscher Reichswährung = 30 Pfund Sterling.

III. Der Subscriptionspreis ist $105\frac{1}{2}$ Prozent (211 Thaler per Actie) und laufende Zinsen vom 1. Januar d. J. ab bis zum Tage der Abnahme à 5 Prozent auf den Nominalbetrag.

IV. Bei der Subscription sind 15 Prozent des gezeichneten Betrages baar oder in courshabenden Effecten als Caution zu hinterlegen.

V. Eine Reduction der einzelnen Subscriptionen bleibt für den Fall der Ueberzeichnung vorbehalten.

VI. Für die zugetheilten Actien-Beträge werden vollgezahlte Interimsscheine der Gesellschaft ausgegeben, welche gegen Zahlung des baaren Betrages à $105\frac{1}{2}$ Prozent und laufenden Zinsen von den Zeichnern in den Tagen vom 8. bis 11. Februar d. J. incl. bei der Subscriptionsstelle, wo die Zeichnung erfolgt ist, abzunehmen sind.

Bekanntmachung.

Der Regierungs-Feldmesser **Borchardt** ist vom hiesigen Königlichen Gouvernement mit Aufnahme des Rayon-Planes und Rayon-Katasters (§ 25 Reichsgesetzes vom 21. Dezember 1871) beauftragt und deshalb mit schriftlicher Legitimation versehen worden.

Das nothwendige Betreten der Gebäude, Höfe, Gärten, Aecker pp. im diesseitigen Polizei-Bezirk ist dem p. **Borchardt** und seinen 5 Hülfsarbeitern zu gestatten, eine etwaige hierdurch verursachte Beschädigung aber bei dem Königlichen Gouvernement zur Liquidation zu bringen.

Posen, 31. Januar 1873.

Königliche Polizei-Direktion.
Staudy.

Bekanntmachung.

Das zum Johann Ludwig König'schen Nachlaß gehörige, im Kreise Czarnikau belegene Freischulzengut Rosko Nr. 11 und der Bauplatz Rosko Nr. 65, gerichtlich abgeschätzt auf 73,295 Thlr., sollen in freiwilliger Subhastation

am 18. April 1873,
Vormittags $9\frac{1}{2}$ Uhr,

bei dem unterzeichneten Gericht verkauft werden.

Der Grundsteuer unterliegen 752 Hekt. 14 Are 80 □Meter mit 1981,39 Thlr. Reinertrag. Zur Gebäudesteuer sind 222 Thlr. Nutzungswerth veranlagt.

Die Kaufbedingungen, sowie die Auszüge aus der Steuerrolle, Hypothekenscheine und Taxe sind im Büreau des Gerichts einzusehen.

Filehne, den 14. November 1872.

Königliche Kreis-Gerichts-Kommission I.
Bauer.

Auktion.

Freitag den 7. Februar cr. früh 9 Uhr werde ich im Auktionslokal Sophiaplatz Nr. 6, mehrere Tonnen Heringe, Damen- und Kinderschuhe und um 11 Uhr Gold- u. Silbersachen meistbietend gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigern.

Grosse.
Königl. gerichtl. Aukt.-Kommissarius.

Pachtung

bald zu cediren. 22 Jahre 700 Morg. Weizenboden mit 92 Morg. Primo-Wiesen. Gebäude reichlich. Chaussee: Polnische Grenze, Landstadt. Pachtsteuer 1000 Thlr. jährlich. — Auskunft ertheilt

von Oven
in Wolschnik O./S.

Ein Landgut

im Preise von 50—70,000 Thlr. wird zu kaufen gesucht. Milder Weizen- oder guter Roggenboden. Kleefähig mit gutem Wiesenverhältniß. Selbstreflekt. wollen Näheres mit Angabe des Grundsteuerreinertrages unter **O. K. 595** durch **Haasenstein u. Vogler** Annoncen-Exped. in **Magdeburg** den Suchenden anzeigen.

Eine Gartenpachtung.

Auf drei resp. 6 oder 10 Jahren in einer Kreisstadt im Herzogthum Posen von etwa 7000 Einwohner, und $3\frac{1}{2}$ Magd. Morgen groß mit Gemüse, Blumen, Obst, u. Spargelanlagen, Wallnuß u. Maulbeerbaum-Allee von Werth. Auch Weinanbau. Pachtbedingung sehr günstig. Näheres beim Eigenthümer **E. Heppner**, Kaufmann in Pleschen.

Anmeldungen

zu meinem **8 stündigen Schreibcursus** werden nur noch bis Montag d. 10. d. M. angenommen.

J. Baeum'l
Breitestraße 14. II. Etage

Auf dem Dom. **Szrodke** decken folgende Hengste:

Lahire, dunkelbraun $1{,}73$ Met. für 3 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Sedan I, Rappe $1{,}68$ Met. für 2 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Frischmelkende, hochtragende, Weichsel, Werderniederungskühe zu haben. Aufträge nimmt entgegen und führt dieselben auf's Pünktlichste und Reelste aus **A. Lüttke** in Kossowo a. W. bei Bahnhof Terespol, Westpreußen.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß wir Herrn **Siegmund Bernstein** in Posen eine General-Agentur unserer

Vaterländischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Elberfeld

für die **Provinz Posen** von unterzeichnetem Datum an übertragen haben. Wir ersuchen demzufolge das geehrte Publikum sich in allen unsere Gesellschaft betreffenden Angelegenheiten an Herrn **Bernstein** in Posen oder an die von genanntem Herrn in der Provinz angestellten und von uns bestätigten Haupt- wie Special-Agenten unserer Gesellschaft wenden zu wollen.

Elberfeld, den 24. Januar 1873.

Die Direction

des Vaterländischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Elberfeld.
Buchbinder.

Auf vorstehende Bekanntmachung Bezug nehmend empfiehlt sich der Unterzeichnete zur Vermittelung aller Art Anträge auf Versicherung von Capitalien und Renten nach den von **der Vaterländischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft** veröffentlichten Tabellen und Bedingungen. Antrags-Formulare, Prospecte, Tarife, Versicherungs-Bedingungen sind stets gratis bei dem Unterzeichneten, sowie bei allen Agenten unserer Gesellschaft zu haben, desgleichen sind der Unterzeichnete, sowie alle Agenten unserer Gesellschaft zu jeder sonstigen gewünschten Auskunft über die Gesellschaft, deren Eigenthümlichkeiten und Vorzüge jederzeit bereit.

Solide und tüchtige Agenten, welche ihre Thätigkeit unserer Gesellschaft gleichfalls zu widmen geneigt sind, finden unter günstigen Bedingungen Anstellung und wollen sich mit ihren Gesuchen baldigst an den Unterzeichneten wenden.

Elberfeld, den 24. Januar 1873.

Siegmund Bernstein,
General-Agent der Vaterländischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft für die Provinz Posen.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß uns von der

Preussischen Hypotheken-Actien-Bank in Berlin

die **General-Agentur** für die Provinz **Posen** übertragen worden ist.

Genannte Bank gewährt **kündbare** und namentlich **unkündbare hypothekarische Darlehne** bei **weitesten** Beleihungsgrenzen unter den **günstigsten** Bedingungen.

Die Abwicklung der Geschäfte geschieht **schnell** und **coulant**.

Die unkündbar bewilligten Darlehne sind auch im Falle der **Auflösung** der Bank **unkündbar**.

Zugleich benachrichtigen hierdurch unsere geehrten Geschäftsfreunde, daß die

Mecklenburgische Hypotheken- u. Wechselbank in Schwerin

uns beauftragt hat, die von uns bei derselben eingeleiteten Geschäfte zur vollständigen Abwickelung zu bringen, sowie auch nach wie vor die Zinsen für sie in Empfang zu nehmen.

D. L. Lubenau Wwe. & Sohn,
Schuhmacherstr. Nr. 16.

Magdeburger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundcapital 2,000,000 Thaler.

Obige Gesellschaft schließt unter den liberalsten Bedingungen, zu festen und billigen Prämien

Lebens-, Renten-, Aussteuer- und Begräbniß-Versicherungs-Verträge.

Prospecte und Antragsformulare verabreicht unentgeltlich unter Ertheilung jeder weiteren Auskunft

die General-Agentur **Oskar Hirsekorn,**
Magazinstraße Nr. 15.

Zur Saat.

Getreide-, Klee-, Luzerne-, Gras-Sämereien und Kartoffeln &c. empfiehlt

Ostdeutsche Producten-Bank.

Bekanntmachung!

Im Laufe der Zeit hören die **öffentlichen Vergnügungen** in „meinem Saale", der jetzt auf das Eleganteste und komfortabelste eingerichtet, gänzlich auf und empfehle ich denselben einem geehrten Publikum zur ferneren Benutzung von Vereinen, Gesellschaften, Hochzeiten und besonderen Gelegenheiten.

Wilhelm Latz.

Für bequeme Ein- und Ausfahrt ist bestens gesorgt.

Circus Salamoński

auf dem Kanonenplatz.
Mittwoch, den 5 Februar 1873,
Abends $7\frac{1}{2}$ Uhr,

Monstre-Parforce-Vorstellung,

Bestehend aus 30 hintereinander laufenden Nummern.
Alles Uebrige besagen die Anschlage- und Austragezettel.

Den Herren Wollproducenten und Wollhändlern

beehren wir uns anzuzeigen, daß wir unsere

Wollwäscherei mit Dampf-Betrieb

mit dem **1. März d. J.** eröffnen werden.

Wir übernehmen von jetzt ab im **Schmutz geschorene Wollen** zur **Lohnwäsche** und demnächst auch auf Wunsch unter **Gewährung von Vorschüssen** — den **kommissionsweisen Verkauf** der gewaschenen Wollen. Die Bedingungen hierfür sind aus unserem früheren Circulair ersichtlich, auf welches wir Bezug nehmen.

Der Aufsichtsrath besteht aus den Herren: **v. Stülpnagel**, Rittergutsbesitzer zu Taschenberg, Vorsitzender, **W. Stoewahs**, Rittergutsbesitzer zu Bröllin, Stellvertreter, **v. Wedell**, Ritterschaftsrath zu Malchow, **Saenger**, Königl. Amtsrath zu Schmölln, **Carl Schultz**, Schäferei-Direktor zu Berlin, **C. Zickermann**, Rittergutspächter zu Wittstock, **W. Gysae**, Rittergutsbesitzer zu Strehlow.

Jede sonst gewünschte Auskunft wird bereitwilligst von der Direktion ertheilt.

Prenzlau, Januar 1873.

Uckermärk. Wollbank u. Wollwäscherei zu Prenzlau.
Die Direktion.
W. Tetzlaff. Arnold Schultz.

Gips! Gips!

stets vorräthig in **Wapno**.

Vorzügliche Stückkohle

von der Karolinengrube, ab Karolinengrube, sowie besten **Gogoliner Baukalk** versendet in Waggonladungen prompt nach jeder beliebigen Station zu den billigsten Preisen.

S. Sternberg.
Speditions- Kohlen- u. Kalk Geschäft in Rawicz.

Ausverkauf

von Kindergarderobe zu sehr herabgesetzten Preisen. Wasserstr. 24 1. Etage.
Geschwister **Gensler.**

80 Centner achte gute **Roggen-Futter-Kleie** stehen zum baldigen Verkauf im Ganzen oder Partieen, pro Centner 1 Thlr. 25 Sgr. beim Bäckermeister **Karl Zerbst** in **Schrimm.**

2 Doppel-Ponny-Schecken braun u. weiß sind nebst Wagen und Geschirr sofort zu verkaufen. Wo? zu erfragen Fischerei 28a.

Masken-Garderobe-Ausstellung.

Vom 10. d. M. ab werde ich in Posen eine bedeutende Auswahl von eleganten Masken-Anzügen zum Verleihen ausgestellt haben.

Das Nähere die Anschlagezettel.

Liegnitz. **J. Czieżinsky.**

Strohhüte

werden zum Waschen, Färben und Modernisiren angenommen bei

Leopold Basch,
57. Markt 57.

Beste **Gummiblasen**, sowie **Fischblasen**, das Dutzend zu ein Thlr. und zwei Thaler liefert gänzlich zollfrei gegen Nachnahme **S. Elb in Altona** (Neupreußen)

Gesundheitshemden.

Holländische, wollene Gesundheitshemden, die nicht hart werden, in der Wäsche nicht einlaufen, von Autoritäten als vorzüglich anerkannt, empfiehlt à 3 Thlr. **S. H. Korach** Neuestr. 4

Ballhandschuhe mit 2, 3, 4, 6, 8 **Knöpfen** empfiehlt
C. Bardfeld.

Riempeitschen und Hosenträger

sind stets auf Lager und billigst zu haben in der

Lederwaarenfabrik
von
E. Contenius.
Poln.-Lissa.

Stadt-Theater in Posen.

Mittwoch, den 5. Februar 1873.
Gastspiel von **Marie Monbelli** in Oper und der **Ullman**'schen Concert-Gesellschaft **Anna Regan**, Fräulein **von Sograff**, (Pianistin aus St. Petersburg), **Camillo Sivori** und **Jul. de Swert.**

Erster Theil.
Le maître de Chapelle (Der Kapellmeister.)
Komische Oper in 1 Akt. Musik von **Paer.**

Barbara (Köchin). Marie Monbelli.
Barnabé, Kapellmeister. Hrn. Tagliafico.

Zweiter Theil.
Concert mit Orchester.

1) Concertstück . . . . . De Swert.
Jules de Swert.
2) Arietta (Lotti), Haideröslein, Schubert.
Anna Regan.
3) Concert-Symphonie hollandaise Littolf.
Frl. von Sograff:
4 a) Du bist die Ruhe / b) Morgenständchen — Schubert.
Anna Regan.
Romanza und Tarantella. Sivori.
Camillo Sivori.
(Concertflügel von **Jul. Blüthner.**)

Dritter Theil.
Arie, Rondo u. Schlußszene mit Chor aus: „**Die Nachtwandlerin.**"
Musik von **Bellini.**
Dirigent, Herr **R. Metzdorff.**

Amina . . . . . Marie Monbelli.
Rodolfo . . . . . Herr Tagliafico.
Elvino . . . . . . Herr Paul.
Lisa
Theresa

Donnerstag, den 6. Februar, findet die zweite (gänzlich veränderte) Vorstellung statt.

Preise der Plätze:
Fremdenloge 2 Thlr., Logen 1 Thlr. 15 Sgr., Sperrsitz 1 Thlr. 15 Sgr., Numerirter Balkon 1 Thlr. 15 Sgr., Zweiter Rang 1 Thlr., Amphitheater 10 Sgr., Gallerie $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 6. Februar. Letztes Gastspiel von

Marie Monbelli

in Oper und der **Ullman**'schen Konzert-Gesellschaft

Anna Regan,
Fräul. v. Sograff
(Pianistin aus St. Petersburg),
Camillo Sivori und Jul. de Swert.

Der Barbier von Sevilla.
Komische Oper in 2 Akten.
Musik von Rossini.

Rosina . . . . . Marie Monbelli.
Einlagen, gesungen v. Marie Monbelli.
In der Musiklektion. Spanische Lieder.
Am Schluß der Oper Rosita-Walzer.
Am Anfang der Vorstellung:

Konzert.
Anna Regan. Frl. v. Sograff. Camillo Sivori. Jules de Swert.

Programm:
1. Ouverture.
2. Fantasie . . . . . . Servais.
Jules de Swert.
3. Frühlingstraum: Das Wandern Schubert.
Anna Regan.
4. Konzert Es-dur . . . . Liszt.
Frl. v. Sograff.
5 Fantasie . . . . Sivori.
Camillo Sivori.
Konzert-Flügel v. Julius Blüthner.

Zur Nachricht.
Damit die Dauer der Vorstellung nicht die gewöhnliche Länge überschreite, beginnt die Oper mit Rosinas Eingangs-Arie.

Kapellmeister Herr R. Metzdorff.

Ein Händler

am Niederrhein sucht in einer größeren Quantität Speck und Schinken gegen gleich baare Zahlung. Franco-Offerten erbittet **Leop. Aumann in Crefeld**, Rheinprovinz.

Vorzüglich gute **Koch-Erbsen** verkauft Dominium **Przybroda bei Klecko.**

Feinen Dampf-Kaffee das Pfund zu 16 Sgr. empfiehlt **J. N. Leitgeber.**

2 Stuben, Küche und Zubeh. part. Bromauerstr. zu verm. v. 1. Apr. Näh. b. **Braun**, Breitestr. 7. II.

Zu vermiethen 5 Zimmer und Küche nebst Zubeh. im 1. St. Graben Nr. 30 von Ostern ab.

Börsen-Telegramme.

Posener Privat-Marktbericht vom 4. Februar 1873.

Weizen: wenig verändert.	p. 1050 Kil.	feiner	90—94 Thlr.
		mittel	84—86 „
		ordinär und defekt	70—75 „
Roggen: beachtet.	p. 1000	feiner	56—57 „
		mittel	54—55 „
		ordinär	51—52 „
Gerste: ohne Umsatz.	p. 925	feine	45—46 „
		mittel und ordinär	42—44 „
Leinsaamen: preishaltend.	p. 925		$3\frac{1}{12}$—3¼ „
Hafer: dringend offerirt.	p. 625	feiner	26—27 „
		mittel und defekt	24—25 „
Erbsen: matter.	p. 1125	Koch-	53—54 „
		Futter-	47—49 „
Oelsaaten:	p. 1000	Raps	
		Rübsen	
Wicken: gefragt.	p. 1125		42—45 „
Klee: beachtet.	p. 50	roth	13—15 „
		weiß	15—20 „
Buchweizen: niedriger.	p. 875		45—48 „
Lupinen:		gelbe	
		blaue	

feinste Waare über Notiz.

Börse zu Posen
am 4. Februar 1873.

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 93½ G., do. 4% neue do. 90¾ bz, do. Rentenbr. 93½ G, do. Provinz.-Bankaktien 112 B., do 5proz. Provinz.-Obligat. 100¼ bz, do. 5% Kreis-Obligat. 100¼ bz. do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig. 100 G., do 4½% Kreis-Oblig. 93 B., 92¾ G., do. 4% Stadtobl II. Em. 90½ G., do. 5% Stadt-Oblig. 100¼ B, preuß. 3½prozentg. Staatsschuldsch. 90 bz., preuß. [illegible]proz. Staatsanl. 96½ G., 4½proz. freiw. do. 104 B, do. 3½proz. Präm.-Anl. 125 B, Nordd. Bundesanl. —, Märk.-Posener Eisenb.-Stamm Aktien 62¾ bz, russische Banknoten 82¾ bz. ausländische do. 9?¾ G., Tellus Aktien (Bninski, Chlapowski, Plater & Co.) —, Ostd. Bank 102-101¾ bz, Ostd. Produkt.-Bank 8½ G., Provz.-Wechs. u. Disk.-Bank 97½ G., Aktien Kwilecki, Potocki & Co. —, poln. 4proz. Liquidationsbriefe 66½ B.

Privat-Cours-Bericht.

Posen, 4. Februar. **Tendenz:** Sehr fest und belebt.

Deutsche Fonds

Posen. 3½proz. Pfandbr.	93 B
dito 4proz. Pfandbr.	90¾ bz
dito 4proz. Rentenbr.	93½ bz
dito 5proz. Prov.-Obl.	100¼ bz
dito 5proz. Kreis-Obl.	100 bz
dito 4½proz. Kreis-Obl.	92 G
dito 4proz. Stadtoblg.	88½ G
dito 5proz. Stadtobl.	100 bz
Nordd. Bundesanl.	— —
Preuß. 4½proz. Konsols	— —
dito 4proz. Anleihe	— —
dito 3½proz. Staatssch.	90 B
Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S.	— —

Ausländische Fonds.

Amer. 6proz. 1882 Bonds	— —
dito dito 1885 Bonds	— —
Oesterr. Papier-Rente	63½ B
dito Silberrente	67½ bz G
dito Loose von 1860	97½ G
Italienische Rente	65¾ G
Russisch-engl. 1870er Anl.	— —
dito dito 1871er Anl.	— —
Russ. Bodenkredit-Pfbr.	91½ B
Poln. Liquid.-Pfandbr.	— —
Türk. 1865 5proz. Anl.	52½ G
dito 1869 6proz. Anl.	63½ G
Türkische Loose	175 G
Russische Noten	82½ B
Oesterreichische Noten	92½ G

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein	— —
dito Bank	— —
dito Produkten-Handbk.	89 G
dito Wechsler-Bank	64½ G
Breslauer Diskontobank	124¾ B
Berliner Disk.-Kommd.	— —
Central-Genoss.-Bank	— —
Deutsch. Hyp.-Bk. Berlin	— —
Centralb. f. Ind. u. Hand	110 G
Kwilecki, Bank f. Ldw.	93½ G
Meininger Kreditbank	— —
Oesterr. Kredit	206 G
Ostdeutsche Bank	101½-¾ bz
Ostd. Produktenbank	—
Pos. Pr. Wechsl. Disk. B	97½ B
Pos. Provinzial-Bank	112 B
Pos. Bau-Bank	— —
Schles. Bankverein	166½ G
Tellus-Aktien	112¾ G
Preuß. Kredit	145½ G
dito Bodenkredit	185½ G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	— —
Bergisch-Märkische	— —
Berlin-Görlitzer St.-A.	— —
Böhmische Westbahn	110 G
Brest-Grajewo	— —
Crefeld, Kr. Kemp. 6pr.	— —
Köln-Mindener	167¾ G
Galizier (Carl-Ludwb.)	106½ G
Halle-Sorau-Guben	66½ B
dito Stammprior.	— —
Hannover-Altenbecken	—
Kronprinz-Rudolphsb.	78¾ G
Lüttich-Limburg	—
Märkisch-Pos. St.-Akt.	62½ bz
dito Stamm-Prior.	85½ G
Magd.-Halberst. 3½pr. B.	—
Oestr.-Franz. Staatsb.	205½ G
Oesterr. Südb. (Lomb.)	121¾ bz
ultimo	— —
Ostpreuß. Südbahn	— —
Rechte Oderuferbahn	— —
Reichenberg-Pardubitz	— —
Rhein-Nahe	48¾ G
Schweizer Union	28¾ G
dito Westbahn	51½ G
Stargard-Posen	101 B
Rumänische	47½ bz
Berlin-Dresden Stamm	—

Industrie-Aktien

Marienhütte	— —
Redenhütte	— —
Berl. Holzkomptoir	105¾ B
Berl. Viehhof	—
Hoffmann Waggonfabr.	— —
Lauchhammer	119½ G
Pos. Bierbrauerei	100 G
Immobilien	— —

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 53½. pr. Februar 53½, Febr.-März 53½, März-April —, Frühjahr 54, April-Mai 54 Mai-Juni 54½.

Spiritus [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt. Tralles). Kündigungspreis $17\frac{5}{12}$. Gekündigt 40,000 Liter. pr. Februar 17⅜—$\frac{5}{12}$, März $17\frac{7}{12}$, April 17⅝, Mai 18⅛, Juni 18⅜, Juli 18⅝

[Privatbericht.] **Wetter:** schön. **Roggen** (pr. 1000 Kilogr.) matt. Kündigungspreis 53½. pr. Febr. 53½ B., Febr.-März do. Frühjahr 54 bz. u. G., April-Mai do., Mai Juni do.

Spiritus (pr. 10,000 Liter pCt.) niedriger. Kündigungspreis $17\frac{5}{12}$. Gekündigt 30,000 Liter. per Febr 17½ G., März $17^{13}/_{24}$ bz. u. B., April 17⅝ B., April-Mai $17\frac{11}{12}$ bz. u. G., Mai $18\frac{1}{12}$ B., Juni 18⅛ bz. u. B., Juli $18\frac{7}{12}$ bz u. G., August 18¾ B.

Breslau, 3. Februar. Die Hausse, welche sich im gestrigen Privatverkehr entwickelt hatte machte auch an der heutigen Börse weitere Fortschritte. Bei sehr großen Umsätzen, welche sich über alle Gebiete des Kurszettels erstreckten, eröffnete die Börse in günstiger Stimmung. Realisirungen vermochten nur vorübergehend zu drücken. Der Schluß der Börse erfolgte in recht fester Haltung. Geld flüssig. Kredit 206 a 6½ in Posten bez. Lombarden 120¾ a 121 a 120¾ bez. Franzosen recht fest 205½ a ½. Von Banken zeichneten sich Schles. Bank, Diskontobk., Maklerbk. durch große Umsätze aus. Schles. Bodenkredit 108½ Gd. Ostd. Bank in regerem Verkehr zu schwankenden Kursen. Eisenbahnen fest. Fonds steigend. Oesterr. Silberrente besonders beachtet. Von Industrieeffekten zeichneten sich Immobilien durch große Umsätze zu stark steigenden Kursen aus und schließen begehrt. Laura recht fest 252 in Posten gehandelt. Oberschl. Eisenbahnbed. stark schwankend. Nachbörse fest. Berliner und Wiener Kurse bekannt. Prämien belebt. Kredit 208½—2 bez. Lombarden 222½—2 bez. Schles. Bank 167½—2½ bezahlt. Maklerbank 151—3 bez. u. Br. Schles. Bod.-Kred.-Pfandb. 97 — ¾ bez. Schles.-Bod.-Krd.-Akt.-Bank 108½ Br.

Produkten-Börse.

Breslau. [Amtlicher Produkten Preisbericht vom 3 Februar.]

Kleesaat, rothe, unverändert, ordinär 11½—12½, mittel 12½—13½, fein 14½—15½, hochfein 15½—16½ Rt. — **Kleesaat,** weiße, ruhig ordinär 11—13, mittel 14—16½, fein 17—19½, hochfein 20—21½ Rt. — **Roggen** (p. 1000 Kilo) matt, pr. Febr. 57 ½ B., April-Mai 56¾ B. u. G., Mai Juni 57½—7 bz. — **Weizen** per 1000 Kilo per Febr. 86 B — **Gerste** per 1000 Kilo per Febr. 52 G. — **Hafer** per 1000 Kilo per Febr. 42 G. April-Mai 44½ B. — **Raps** per 1000 Kilo per 103 G. — **Rüböl** geschäftslos per 100 Kilogr. loko 22⅔ B., pr. Febr 22½ B. neue Usance $23\frac{1}{12}$ B, Febr.-März 22½ B., neue Usance $23\frac{1}{12}$ B April-Mai 22½ B, neue Usance 23¼ B, Mai-Juni 23½ B., Sept.-Okt. 24½ B — **Spiritus** unverändert, pr. 100 Liter loko 17⅔ B, ½ G., per Febr $17\frac{11}{12}$ bz. u. G., April-Mai 18¼ bz, B. u. G., Mai-Juni 18⅓ G. — **Zink** ohne Umsatz. **Die Börsen-Kommission.**

Breslau, den 3 Februar. (Landmarkt.)

In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deput.	feine Thlr.	Sgr.	Pf.	mittle Thlr.	Sgr.	Pf.	ord. Waare Thlr.	Sgr.	Pf.
Weizen w.	8	28	—	8	5	—	6	25	—
do. g.	8	10	—	7	26	—	6	20	—
Roggen	6	3	—	5	27	—	5	13	—
Gerste	5	12	—	5	8	—	4	24	—
Hafer neu	4	12	—	4	6	—	4	4	—
Erbsen	5	10	—	4	25	—	4	15	—

Per 100 Kilogramm

Festsetzg. der Handelsk.-Kommission	feine Thl.	Sgr.	Pf.	mittle Thl.	Sgr.	Pf.	ord. Waare Thl.	Sgr.	Pf.
Raps	10	5	—	9	20	—	9	5	—
Winterrübsen	9	12	6	8	27	6	8	5	—
Sommerrübsen	9	10	—	8	15	—	7	15	—
Dotter	8	15		7	25	—	7	—	—
Schlaglein	9	—	—	8	15	—	7	15	—

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 3. Februar. Wetter klar. Morgens 3° —, Mittags 0° —. — **Weizen:** 125—128pfd. 78—83 Thlr., 129—131pfd. 84—85 Thl. pr. 1000 Kilogramm. — **Roggen** 120—122pfd. 52—53 Thlr pr. 1000 Kilogramm. — **Erbsen** nach Qual. 42, 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr. — **Spiritus** 17½ Thlr. pr. 100 Liter a 100%. (Bromb. Ztg.)

Hamburg, 3. Februar. Nach Berichten, welche der hiesigen „Börsenhalle" aus Rio de Janeiro vom 17. Januar (pr. Dampfer „Gironde" und „Cuzco") zugegangen sind, betrugen seit letzter Post die Abladungen von Kaffee nach dem Kanal und der Elbe 2600, nach Hâvre, englischen Häfen, Belgien, Holland und Bremen 9800, nach der Ostsee, Schweden, Norwegen und Kopenhagen 9100, nach Gibraltar und dem Mittelmeer 8100, nach Nordamerika 37,700 Sack. Vorrath in Rio 135,000, tägliche Durchschnittszufuhr 7800 Sack. Preis für good first 9500 à 9700 Reis. Kurs auf London 26 à 26⅜ d. Fracht nach dem Kanal 30 sh. Abladungen von Santos nach Nordeuropa 5500, nach Südeuropa 4200 Sack.

Berliner Viehmarkt.

§ **Berlin,** 3. Febr. Auf heutigem Viehmarkte waren an Schlachtvieh zum Verkau angetrieben: 2250 Stück **Hornvieh**, 5375 St. **Schweine**, 4853 Stück **Schafe**, 1138 Stück **Kälber**. — Der Markt war im Allgemeinen stärker mit Waare betrieben, trotzdem aber verlief das Verkaufsgeschäft sehr glatt und rege, da nicht nur der Lokalkonsum größere Anforderungen stellte, sondern auch für Export lebhafter Begehr auftrat. Obgleich **Rinder** gut gekauft wurden, verblieb doch ein geringer Bestand unverkauft zurück. Die Preise behaupteten sich mit großer Festigkeit für Prima 19—20 Thlr., für mittlere auf 15—17 Thlr., für ordinäre auf 13—14 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht. — Das Verkaufsgeschäft in **Schweinen** erstreckte sich auch auf den vom vorigen Markte zurückgebliebenen Bestand, wickelte sich aber mit großer Regsamkeit ab. Beste fette Kernwaare erzielte leicht 19—20 Thlr. pro 100 Pfd Fleischgewicht — Auch **Schafe** verkauften sich zur Zufriedenheit der Importeure. Der heutige Bestand blieb um ca. 1½ Tausend hinter jenem der Vorwoche zurück. Da nun heute auch starke Exportkäufe abgeschlossen wurden, so konnte ein Anziehen der Preise nicht ausbleiben. — Schwere Thiere wurden mit 8½ Thlr. pro 45 Pfd. Fleischgewicht bezahlt. — **Kälber** gingen im Preise zurück und konnten kaum Mittelpreise durchsetzen.

Neueste Depeschen.

Versailles, 4. Februar. In der gestrigen Verhandlung mit der Dreißiger-Kommission forderte Thiers bezüglich der Gesetzpublikationsfristen ein zweimonatliches Veto und wies die Amendements zurück. Er schlug folgende Fassung des 3. Artikels vor: bei auswärtigen Angelegenheiten, betreffend Interpellationen und Petitionen, muß der Präsident gehört werden, bei solchen über innere Angelegenheiten nur der Ressortminister. Aber wenn die Minister nach einer Ministerialberathung finden, daß die Interpellationen oder die Petitionen die allgemeine Haltung der Regierung betreffen, für welche der Präsident allein verantwortlich ist, so muß der Präsident ebenfalls gehört werden. Bezüglich der letzten Artikel wünscht Thiers eine Frist zum Nachdenken und daß das Prinzip der 2. Kammer nicht blos Projekt bleibe, sondern als definitive Vorlage aufgestellt werde. Thiers kann weiter gehende Konzessionen nicht machen, er hält fest nicht am Wortlaut, aber an den Grundgedanken seiner Vorschläge. Er schließt mit dem Wunsche der Einigung: „Treten wir vereinigt vor die Versammlung. Wenn Sie die Sprache der Diplomaten und Staatsmänner hörten, so würden Sie sehen, welchen Werth man auf unsere Einigung legt." Die Kommission will die Verhandlung mit Thiers am Mittwoch weiter fortsetzen.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.